

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1.00 Mk., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 Mk., halbjährlich 1.80 Mk., jährlich 3.50 Mk. — Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1.00 Mk., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 Mk., halbjährlich 1.80 Mk., jährlich 3.50 Mk. — Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1.00 Mk., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 Mk., halbjährlich 1.80 Mk., jährlich 3.50 Mk. — Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1.00 Mk., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 Mk., halbjährlich 1.80 Mk., jährlich 3.50 Mk.

Mit den Beilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptvertriebsstellen: Berlin, Köpenicker Straße 46, Telefon: 3000; Breslau, Ring 107, 7.11.12; Leipzig, Poststraße 10, 7.11.12; Chemnitz, Poststraße 10, 7.11.12; Dresden, Poststraße 10, 7.11.12; Halle, Poststraße 10, 7.11.12; Magdeburg, Poststraße 10, 7.11.12; Potsdam, Poststraße 10, 7.11.12; Regensburg, Poststraße 10, 7.11.12; Stuttgart, Poststraße 10, 7.11.12; Weimar, Poststraße 10, 7.11.12.

## Was geht bei der Reichsbahn A.-G. vor? Die Pläne des Herrn Deser — Vor neuer Tarifierhöhung

Der Staatssekretär a. D. Dr. Stieler, Mitglied der Direktion der Reichsbahngesellschaft hat vor einigen Tagen in der Stuttgarter Handelskammer einen Vortrag gehalten, der in seiner brutalen Aufrichtigkeit alle die bisherigen Neuierungen der Reichsbahnverwaltung zu dem jetzigen Lohnstreit widerlegt und sagt, was ist. Wir haben schon kurz zu dieser Rede Stellung genommen, drüden aber noch einmal wörtlich die wichtigsten Stellen dieser Rede nach. Dr. Stieler sagte:

„Die Hauptgefahr des Parlamentarismus für die Reichsbahn liegt auf dem Gebiet des Tarifwesens und der Personalpolitik. Immer war es klar, daß die Freiheit der Reichsbahn vom Parlament größer werden müsse. Heute besteht nun der Gegensatz zwischen dem Generaldirektor, der nur dem Aufsichtsrat verantwortlich ist, und dem Reichsverkehrsminister, der vom Parlament abhängt. Diese scharfe Trennung wurde erst im Verfolg der Damesgehe eingeführt. Nach den Bestimmungen des damals geschlossenen Reichsbahngesetzes hat die Reichsbahngesellschaft das Recht, die Gehälter der oberen Beamten frei festzusetzen; ferner das Recht, bis zu 5 Prozent der Personalausgaben besondere Leistungszulagen zu gewähren. Die oberen Beamten erhalten nun besondere Zulagen über ihre Gehälter hinaus. Mit diesen Zulagen wird an meinen gegen die Reichsbahn Stimmung gemacht, obgleich sie (angeblich, D. Red.) nicht zwei vom Tausend der Gesamtausgaben ausmachen. Wenn auch die Beamten des Reiches niedrigere Bezüge erhalten, so erachte ich die heutige schlechte Bezahlung der Beamten für falsch. Die Leistungszulagen für die übrige Beamtenschaft sind ein Ersatz für das, was man bei der Arbeiterschaft durch Einführung des Arbeitsvertrages zu erreichen sucht. Gegen diese Zulagen hat sich die Reichsregierung gewandt. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob das Tarifaufrichtsrecht dazu benutzt werden darf, die Gesellschaft auf einem Gebiete einzuschränken, wo sie nach dem Gehebe doch freie Hand hat. Eine Lösung von der Gehaltsordnung des Reiches ist heute dringend geboten.“

Es geht nicht an, daß das Reich die Gehälter der Reichsbahnbeamten festsetzt, es aber der Reichsbahn überläßt, durch Tarifierhöhung für Deckung zu sorgen. Wenn das Reich so fortfährt, die Malienbezüge seiner Beamten zu erhöhen, kann die Reichsbahn ohne Tarifierhöhung nicht folgen. Des weiteren behandelte der Redner die Lohnstreitigkeiten mit der Arbeiterschaft und erklärte, warum die Reichsbahn den jetzt ergangenen Schiedsspruch nicht anerkenne. Die Mehrausgaben von 11 Millionen Mark könne die Reichsbahn wohl aufbringen. Der Grund der Ablehnung sei vielmehr der, daß die Löhne der Reichsbahnarbeiter bereits höher als die Industrielöhne seien und weil wiederum der Versuch gemacht werde, den Unterschied zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeitern zu verringern. Zudem ließe die Reichsbahn auf dem Standpunkt, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für die Reichsbahn nicht anwendbar sei. Ueber das Verhältnis zu dem Kommissar der Reichsbahn und zu den Ausländern im Verwaltungsrat führte Dr. Stieler aus, daß die Ausländer bis jetzt in höchst distreter Weise aufgetreten seien. Die Kontrolle vollziehe sich in einer Form, die für unter nationales Einfinden erträglich sei. Die Personalausgaben machen heute 65 Prozent der Gesamtausgaben aus. Dies sei nur möglich durch Zurückhaltung von sachlichen Ausgaben, insbesondere bei der Gleisunterhaltung und der Werkzeugbeschaffung. Dies habe aber die Wirkung, daß die Industrie und ihre Arbeiterschaft keine Bewältigung mehr habe.“

Es ist erfreulich zu hören, daß die Deser, Stieler u. Co. mit den Daweskommissaren, mit den Ausländern im Aufsichtsrat in höchst distreter Weise verfahren, und daß dieses Verhältnis für „rationalen Besorgnis“ dieser Herren in keiner Weise trübe. Für die idamlose Gesellschaft, die das größte Unternehmen des Reiches ausheutet im Interesse des internationalen Kapitals, ist es gewiß ein Vergnügen, vor den Dawesbütteln zu lahmzulegen. Um so brutaler treten sie die Eisenbahnarbeiter und die unteren und mittleren Beamten. Nach oben devot und lächlich, nach unten brutal und niederträchtig.

Bezeichnend an dem Konflikt zwischen Reichsbahn und Regierung und Reichstag ist, daß alle bürgerlichen und auch die Sozialdemokratische Partei jetzt kämpfen wie die Kohrtreiber. Dabei hat diese holde Gemeinshaft dem verfassungswidrigen Reichsbahngesetz zur Annahme verholfen. Sie sind also verantwortlich dafür, daß dieses Gesetz den Deser-Stieler, Siemens die Möglichkeit zu einer solchen Handlungsweise, einer Verhöhnung der alleinligmachenden Schlichtungsordnung gegeben hat.

Von der Regierung, die von Gnaden der SPD. Führer ist, von diesem Reichstag ist für die Eisenbahner keine Besserung zu erwarten. Die Entwürfe der Regierung zum Theaterbucce. Geht doch die propagatorische Verzögerung der Lohnerhöhung nicht nur in der Linie des Unternehmergeiznag, sondern auch in der des Dawespaktes.

In dem Gutachten zum Dawespaß vom 9. April 1924 wurde ausdrücklich gesagt, „daß keine Aussicht besteht, daß die

Löhne der deutschen Eisenbahner so über den Vorkriegsstand steigen, wie es in England und Amerika geschehen ist.“ Die Löhne sollen aber immerhin auf 93 Prozent der Vorkriegszeit gebracht werden. Sie betragen heute nur durchschnittlich 78 Prozent des Vorkriegsreallohnes.

Was geschieht aber in dieser Richtung? Der Einheitsverband hat gemeinsam mit den anderen Tarifgewerkschaften eine Feststellungsfrage beim Landgericht eingebracht. Dafür mühten mehrere tausend Mark für Gerichts- und Anwaltskosten verausgabt werden. Die Klage wird aber in Monaten über Kammer- und Reichsgericht gehen. Wie dieses veraltete Institut lebenslänglicher Richter entscheidet, ist nicht voraussehbar. Jedenfalls zeigt dieser Weg keine Lösung.

Eine Lösung kann nur erfolgen in der Bekämpfung des Dawespaktes, der die Arbeitenden zu Boden drückt. Eine Lösung kann nur erfolgen, wenn die Eisenbahner mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln die Eisenbahnverwaltung, die sich höhnisch über Reichsgehe hinwegsetzt, zum Nachgeben zwingt. Das Streikverbot für die Reichsbahn muß für die

Eisenbahner ein ebensolcher Regen Papier sein, wie es die Entscheidungen des Reichsarbeitsministers für die Reichsbahnverwaltung sind.

### Pläne der Reichsbahndirektion

(Eig. Draht.) Berlin, 17. Februar.

Die gestrige Abendausgabe des „Vorwärts“ bringt unter der Überschrift „Was geht bei der Reichsbahn vor?“ eine längere Notiz, in der erklärt wird, daß die Reichsbahngesellschaft eine neue Tarifierhöhung plane, um den Schiedsspruch vom 29. Dezember 1924 zu einem gleichen Geschäft zu benutzen, wie sie es früher mit dem Schiedsspruch vom 15. März 1925 mit seinen 3 Pfennig Lohnerhöhung in Form einer 10prozentigen Tarifierhöhung mit einer Mehreinnahme von 6,8 Millionen pro Monat tut. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, soll die Reichsbahngesellschaft unter dem strengsten Siegel der Vertraulichkeit planen, nicht nur die Schnellzugzuschläge zu verdoppeln, sondern auch solche Zuschläge für die beschleunigten Personenzüge und bisher zuschlagsfreien Güzüge neu einzuführen.

Weitere Reichsbahnmeldungen Seite 2

## Der Fememord-Ausschuß

(Eig. Draht.) Berlin, 17. Februar.

Der Untersuchungs-Ausschuß des Landtags zur Aufdeckung der Beziehungen zwischen den Fememördern und deutschnationalen Abgeordneten nahm am Dienstag seine Tätigkeit auf. Wie immer, so erweist es sich auch bei dieser parlamentarischen Untersuchung, daß der zur Einziehung des Ausschusses veranlassende Antrag völlig ungenügend ist. Die Sozialdemokraten wollen lediglich die sich auf die Verbindung zwischen den deutschnationalen Abgeordneten und den Fememördern, Oberleutnant a. D. Schulz beziehenden Vorgänge untersuchen. Diese Auffassung teilt die SPD mit allen anderen Parteien. Die Kommunisten verlangen demgegenüber, daß alle im Bereich der preussischen Justiz vorgekommenen Fememorde, vor allem ihre finanzielle Unterstützung und materielle Förderung vor dem Ausschuß in aller Öffentlichkeit untersucht werden müssen. Diese allein richtige Stellung der Kommunisten wurde durch alle übrigen Parteien bekämpft.

Für das preussische Innenministerium wurde zuerst der Ministerialrat Schöner als „Auskunftsperson“ vernommen. Seine ganze „Auskunft“ war lediglich eine Wiederholung der bereits vom Polizeipräsidenten Berlin im Januar d. Js. der Presse übermittelten Darlegung über die Verbindung der deutschnationalen Abgeordneten Meier und Behrens zu dem Fememörder Schulz. Schöner bestätigte, daß sich Meier und Behrens bei dem Arbeitgeberverband um ein Darlehen in Höhe von 5000 Mark für den Fememörder Schulz bemüht haben.

### Der amtliche Volksbegehrttermin vom 4.—17. März!

(Eig. Draht.) Berlin, 17. Februar. Im Reichsanzeiger wird heute der Termin für die Auslegung der Peten für das Volksbegehren veröffentlicht, wonach die Listen in der Zeit vom 4. bis einschließl. 17. März ausgelegt werden müssen. Die Reichsregierung erklärt dazu halbamtlich folgende Erklärung: „Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Erbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstentümer beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfolgt sind. Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen. Den Inhalt des Gesetzentwurfes, der eine völlig entschädigungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gegläubten Abschluß gelangen und, daß dann der weitergehende, mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.“ (!)

Der Oberjustizrat Dr. Wirth vom Justizministerium beschränkt sich ebenfalls nur auf den einen Fall Meier-Behrens und Schulz. Seinen Aussagen zufolge hat der Rechtsanwalt Sach für den in Landsberg in Untersuchungshaft sitzenden Schulz wiederholt größere Beträge eingezahlt. Schulz, ehemaliger Oberleutnant, ist in nicht weniger als acht Fememorde, teils als Anstifter oder als direkt beteiligter Beschuldigter. Fünf Fememorde sind auf seine Anstiftung in der Gegend von Küstrin, die anderen vor den Toren Berlins bei Spandau bzw. Dabberich verübt und verurteilt worden. Auf die Frage des kommunistischen Vertreters Genossen Dbusch, ob dem Vertreter des Justizministeriums bekannt wäre, daß weitere Verfahren gleicher Art schweben, verweigert er die Auskunft (!), da er zu dieser Aussage keine Ermächtigung habe. Der kommunistische Vertreter verlangt, daß das Justizministerium in Preußen sofort eine Umfrage erlasse, ob bisher bereits durch die Staatsanwaltschaft Erhebungen darüber angestellt wären, welche Geldgeber außer des Falles Meier-Behrens noch für die Finanzierung der Fememorde in Frage kommen, ob insbesondere noch andere deutschnationalen Abgeordnete und Arbeitgeberverbände belastet seien.

Darauf erwidert der Vertreter des Justizministeriums, daß soweit ihm persönlich bekannt wäre, in der von dem Abgeordneten Dbusch angebotenen Richtung noch keinerlei Nachforschungen angestellt worden seien. (!)

Der hierauf vernommene Leiter der politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidenten, Regierungsdirektor Dr. Schmidt, gab eine ausführliche Darstellung über die Aufbringung der Gelder zur Befreiungsaktion für Schulz. Daneben haben sich im Sommer vergangenen Jahres in einem Berliner Weinstubenloggenannte deutschnationalen „Arbeiter“-Vertreter mit Unternehmern und Beauftragten der Unternehmerverbände getroffen. Die Sache ging auf Kosten der Unternehmer selbstverständlich. Zweck der Zusammenkunft soll einmal eine Aussprache über die Lehnliche Nothilfe (!) und sodann über die Möglichkeit der Wiedererrichtung der Arbeitsgemeinschaft gewesen sein. Für die deutschnationalen Abgeordneten Meier und Behrens ist es jedoch in erster Linie darauf angekommen, bei dieser Zusammenkunft ein Darlehen zugunsten des Schulz zu erhalten. Schulz, wie auch ein anderer Fememörder, Klapproth, waren Angestellte des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter. Schulz hatte seinen Vollen auf Empfehlung von Behrens bekommen, der in ihm einen erfolgreichen Organisator und erprobten tatkräftigen Mann sah, der einen guten Eindruck machte. Schulz unterhielt die Verbindungen zwischen schwarzer Reichswehr und den leitenden Kreisen des Zentralverbandes. Eingehendere Fragen in dieser Richtung des Genossen Dbusch werden von der Mehrheit des Ausschusses verhindert.

Der Oberstaatsanwalt Kolloff aus Landsberg schärdert den Befreiungsversuch des Schulz und seines Kompanien Kafacl im Untersuchungsgefängnis zu Landsberg. Der eigentliche Anstifter soll der Leutnant Kafacl, ein Mitange-







# Hinter den Völkerbundskulissen!

## SPD. und Völkerbundsposten — Deutschland, der englische Basallenstaat

Sir Cecil Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, weiß in Berlin, um mit Stresemann die letzten Vorbereitungen für den Eintritt Deutschlands zu treffen. Und diesem Anlaß veröffentlicht die deutsche Presse an die Adresse des englischen Botschafters, der in der englischen Botschaft abgebliebenen Sozialisten, die in der englischen Botschaft abgebliebenen Sozialisten, die in der englischen Botschaft abgebliebenen Sozialisten...

Es ist also durchaus nicht so, als ob nur die bösen Kommunisten die schöne Völkerbundsstimmung verderben wollten. Auch ausgesprochene Freunde des Völkerbundes sind gezwungen, wenigstens etwas davon auszusprechen, was heute in dieser Institution vor sich geht. Nur die deutsche Sozialdemokratie bleibt bis zum Ende die orthodoxe Völkerbundslerin, die ihren Anhängern rote Friedensschleifen, Marke Genf, vor die Augen hält.

Viele Jungen behaupten, daß sich die SPD. nicht ganz uneigennützig als so warme und bedingungslose Völkerbundsanhängerin gebärde. Der englische Herr Drummond kommt nicht zuletzt nach Berlin, um die Völkerbundspositionen durch deutsche Funktionen vorzubereiten. Aus den Diskussionen der letzten Wochen ist es klar genug geworden, daß die SPD. einen besonderen Anspruch darauf erhebt, einige dieser Funktionen für sich zu erhalten. Es wird sogar davon gesprochen, daß Kaufner, Mitglied der SPD., jetzt deutscher Gesandter in Warschau, deutscher Sekretär im Völkerbund werden soll. Eine solche Postenbesetzung durch die SPD. in Genf wäre eigentlich auf dem Umwege über den Völkerbund, über die „Außenpolitik“, die Bildung der Großen Koalition mit Stresemann und Luther. Die sozialdemokratischen Führer haben ja bei der Reichstagsdebatte, die über das Schicksal des Luther-Kabinetts entscheiden sollte, erklärt, sie hätten das Kabinett vor einer sofortigen Niederlage durch ihre Stimmenthaltung gerettet, weil das Luther-Kabinett ihre, die sozialdemokratische Außenpolitik, die Politik von Locarno und Genf durchführe.

Mit der Berliner Reise des Völkerbundssekretärs Drummond trifft sich gut die Überzeugung der Sowjetregierung über die bevorstehende Abrüstungskonferenz. Es hat sich gezeigt, daß die Völkerbundsmächte, vor allem England, die Sowjetunion vor einer solchen Abrüstungskonferenz, wenn sie überhaupt stattfinden sollte, ausschließen wollen. Der Form halber wird das natürlich nicht ausgesprochen, sondern durch die englische Diplomatie erkens dafür gesorgt, daß die Schweiz in ihrem Konflikt mit der Sowjetunion nicht nachgeben und daß zweitens die Abrüstungskonferenz trotzdem in Genf stattfinden soll, was praktisch auf die Ausdehnung der Sowjetunion hinausgeht. Auch die eigentümliche Haltung einiger Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes sind, und die Hintermänner der Mörder der Sowjetkuriere offen begünstigen, ist ein neuer Beleg zum Geiste des Völkerbundes und Locarno. Es ist das der Geist der weisgardischen Morde und der Kriegsvorbereitungen.

Von besonderem Interesse zur Beurteilung des Geistes von Locarno ist der von uns wiederholt ausführlich geschilderte Streit um die Zuteilung der Völkerbundsratsitze. Er wird mit der größten Hektik weitergeführt. Die Presse des englischen Imperialismus führt diesen Kampf mit neuen denselben Friedensgeist und Argumenten wie der sozialdemokratische „Vorwärts“. Der „Daily Telegraph“ schreibt z. B., man müsse es unbedingt verhindern, daß gewisse Mächte (gemeint ist Frankreich) den Völkerbundsrat „für eigennützige Ziele mißbrauchen“. (Das darf nämlich nach englischer Meinung nur England tun.) England werde den Völkerbund und den Locarnopakt „gegen jede Entartung verteidigen“ und nötigenfalls bei den Regierungen und völklich auch in Genf eine energische Sprache gebrauchen. Es scheint aber so zu stehen, daß England sehr wohl bereit ist, allen Zusicherungen an Deutschland zum Spott mit der Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland auch an irgendeinen anderen Staat einen ständigen Ratsitz abzugeben, falls dieser sich vorher bereit erklärt, die englische Politik im Völkerbund gegen Frankreich zu unterstützen. Ob der neue Basall Englands Spanien oder Polen heißen wird, steht noch dahin. Spanien beruft sich bereits auf die großen Dienste, die es dem englischen Kaiser im Völkerbundsrat beim Raub des Mosambiques gebietet hat. Polen kann für sein Herüberhumpeln von Frankreich zu England nicht nur einen Völkerbundsratsitz sondern auch die englische Vertretung erhalten, daß der ober-schlesische Korridor unberührt bleiben werde. Es ist auffallend, daß in den letzten Tagen sich Stimmen der Mussolinipresse, die heute fast reißlos die englische Politik unterstützt, zu Polens Gunsten laut werden.

Der Ausgang dieser Diskussion wird nicht nur den scharfen, zugespitzten Konflikt zwischen den Mächten zeigen, der in schreiendem Gegensatz steht zu dem, was die sozialdemokratische Presse als Friedensgeist von Locarno bezeichnet, er wird auch zeigen, daß das, was in Deutschland als wiedergewonnene Machtposition des Deutschen Reiches als Großmacht im Völkerbundsrat bezeichnet wird, in Wirklichkeit die Position eines englischen Basallenstaates

ist, der in keinem politischen Handeln von England weit abhängiger wird, als eine Reihe englischer Dominien. Der Verlauf der Diskussion wird auch zeigen, daß der ständige Rat des Deutschen Reiches im Völkerbund mit einer sogenannten Machtposition nichts zu tun hat, sondern von Englands Gnaden auf Grund eines englisch-französischen Schachers als Abfallprodukt des englisch-französischen Machtkampfes, dessen Objekt auch Hindenburg-Deutschland ist, gegeben wurde.

Am Dienstag trat in Rom die Mandatskommission des Völkerbundes zusammen, um die Frage des französischen Mandats über die Kolonie Syrien und andere französische Kolonialgebiete zu prüfen. Die Tätigkeit dieser Mandatskommission des Völkerbundes soll den italienisch-französisch-englischen Machtkampf um einen Schritt weiterbringen. Von den Entscheidungen dieser Mandatskommission wird es auch wesentlich abhängen, nicht nur was mit Syrien und anderen nordafrikanischen Kolonien, sondern auch was mit dem deutschen Siz im Völkerbund geschehen soll.

# Schlesische Wirtschaft

## Der „Bund Niederschlesischer Industrieller“ zur Wirtschaftslage

„In dem „Bund Niederschlesischer Industrieller“ Schlesien, in dem die betanteften Scharmacher des schlesischen Unternehmertums den Ton angeben, verendet jetzt zur Fastnachtzeit eine patheische „Rundgebung zur Wirtschaftslage“. Diese Rundgebung trägt den Stempel jener dümm-brutalen Beschränktheit und Einseitigkeit, die den schlesischen Industriellen noch mehr als ihren anderen deutschen Kollegen eigen ist. Nichts gelernt und nichts vergessen — das ist der Eindruck, den die Lesäre dieses Unternehmernachwuchses hervorruft.

Zunächst stellt der Unternehmerbund in seiner „Rundgebung“ ganz richtig fest, daß die Krise nur durch Ueberbrückung der Kluft zwischen Produktions- und Kaufkraft überwunden werden könne. Doch hiermit hört unsere Ueberbrückung mit der „Rundgebung“ schon auf. Denn die Industriellen wollen nicht durch Hebung der Kaufkraft, sondern durch Herabminderung der Produktionskraft die Kluft schließen. So sprechen sie von der „Vereinfachung des Produktionsapparates“ und von der „Zusammenfassung gleichartiger Betriebe“. Eine wesentliche Folge der „Zusammenfassung der Betriebe“, d. h. der Kartelle, ist in Krisenzeiten aber die Produktionsbeschränkung und -minderung. Eine Wirtschaftsordnung, die den raschen entwickelnden Produktionskräften enge Grenzen setzen muß, gehört nach unserer Meinung in den Dreck.

Doch was haben die Unternehmer weiter zu sagen? Wir lesen: „Die organisatorische und technische Umgestaltung einzelner (!) Betriebe wird mit größter Ausdauer weiter verfolgt. Diese Aufgabe, der sich die Industrie im Bewußtsein ihrer Verantwortung (!) unterzieht, ist jedoch bedingt von zweierlei Maßnahmen.“ Dazu ist zunächst einmal zu bemerken: Selbstverständlich nehmen die Kapitalisten die technische Umgestaltung der Betriebe nicht deshalb vor, weil ihr „Gewissen“ durch irgendeine höhere Verantwortung dazu angetrieben wird, sondern weil sie ihre Existenz als Kapitalisten retten wollen, weil sie durch Verbesserung der Technik eine Senkung der Produktionskosten erstreben.

Was für „zweierlei Maßnahmen“ sind es nun, die der „Bund Niederschlesischer Industrieller“ vorschlägt? Wir werden gleich sehen, daß diese nicht von dem „Bewußtsein der Verantwortung“ und wie die schönen Phrasen sonst noch heißen mögen, sondern von nacktem, räuberischem Ausbeuterinstinkt diktiert worden sind.

### Maßnahme I.

„Ein solcher Fortschritt ist nur zu erreichen, wenn das notwendige Kapital zur Verfügung steht.“ Das ist zu erzielen „durch erhöhte Sparanteile aller Wirtschaftskreise und aller Bevölkerungsgruppen“. Als aufgemerkt, ihr Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, daß es euch nicht einfallt, eure Arbeitsentlohnungen in euren begehrtlichen Mägen verschwinden zu lassen. Lebt meinetwegen von der Hand in der Hand, aber spart, spart und noch einmal, spart, denn das Vaterland ist in Not und die Industrie braucht Kapital, das nur durch eure erhöhte (!) Sparanteile aufgebracht werden kann. Doch trauen die Industriellen dem Spartrieb des deutschen Volkes scheinbar nicht sehr viel zu und so legen sie ihre Hände auch auf die öffentlichen Gelder. Sie fordern „restlose Erfassung aller verfügbaren Mittel, insbesondere der öffentlichen Gelder.“ Es muß als eine der Hauptaufgaben aller öffentlichen Kreditanstalten Niederschlesiens angesehen werden, öffentliche Gelder als Betriebskredite nach Niederschlesien herinzuschicken. Die öffentlichen Gelder rühren von den Steuereinnahmen des Staates her, die bekanntlich zum größten Teil aus der Besteuerung der werktätigen Massen stammen. 1925 sind 4,8 Milliarden durch die Massenbelastung und nur 2,4 Milliarden durch Besitzbelastung aufgebracht worden! Die Kapitalisten fordern also die den Arbeitern auf dem Wege der Steuer weggenommenen Gelder für sich zwecks größerer Ausbeutung der Arbeiter! In der Tat hat auch bisher der Staat durch die Reichsbank den großen Unternehmern mit Krediten helfend unter die Arme gegriffen, während Klein- und Mittelbetriebe, städtische und ländliche Gewerkschaften meist rüchichtslos umgangen wurden. Nöwendig wäre es, daß die öffentlichen Gelder vor allem den Gewerkschaften und den kleinen Leuten zur Verfügung gestellt werden, und daß die größeren Unternehmen nur dann Kredite erhalten, wenn freie Gewerkschaften und Betriebsräte die Verwendung dieser Kredite kontrollieren können.

### Maßnahme 2.

Die erste Maßnahme schlägt: „Schließlich wäre zu prüfen, ob nicht aus dem Fonds der Erwerbslosenfürsorge den mit Stilllegung bedrohten Betrieben zinslose (!) Darlehen zur Weiterarbeit zur Verfügung gestellt werden könnten.“ Es liegt auf der Hand, daß, falls diese Maßnahme durchgeführt werden, die meisten Industriellen ihre Betriebe als mit Stilllegung bedroht erklären würden.

Die zweite Maßnahme druden wir völlig ab, um jedem Werktätigen klar zu machen, was ihm für ein Schicksal winkt, wenn nicht in Deutschland ein mächtiger, linker Arbeiterlohn zustande kommt und wenn nicht die freien Gewerkschaften wieder auf die Bahn des entschloßenen Klassenkampfes gedrängt werden. Sie lauten:

„Es müssen die sozialpolitischen Voraussetzungen dahin gegeben sein, daß die mit der jetzigen Lage der Produktion nicht mehr zu vereinbarenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen fallen, die Frage des Lohnes und der Arbeitszeit nach den Leistungen des Arbeitnehmers und nach den Erfordernissen des Betriebes gestaltet werden. Insbesondere aber muß die soziale Belastung auf das Maß zurückgeführt werden, das für die deutsche Industrie in der heutigen Lage tragbar ist.“

Aus dem Unternehmerlauderwelsch ins Deutsche überseht heißt das: Verlängerte Arbeitszeit bei weiterer Senkung

des Arbeitslohnes soll der Arbeiterklasse aufgezungen werden. Wie halten der Krise auf die Schultern der Werktätigen — das ist der rote Faden, der sich durch die ganze Rundgebung der niederschlesischen Unternehmer hindurchzieht.

Es läßt sie dabei nicht, daß sie selber in einer Reihe von Unergehrtheiten und Widersprüche sich verfangen. Sie wollen die Arbeitslosigkeit vermindern — durch Steigerung der Arbeitslosigkeit. (Denn daß bei verlängerter Arbeitszeit unter sonst gleichen Umständen ein Teil der beschäftigten Arbeiter überflüssig wird, dürfte klar sein.)

Sie wollen die Kaufkraft steigern — durch weitere Senkung der Kaufkraft. Sie wollen die Krise überwinden — durch Verschärfung der Krise. Kapitalistische Logik!

Aber selbst dann, bei Durchführung der beiden Maßnahmen, fährt die Rundgebung fort, werden die Bemühungen der Industrie, die Produktion zu erhöhen, nutzlos verlaufen, wenn nicht auf dem Gebiete der Steuerpolitik und der Reichsbahn-Tarifpolitik Änderungen eintreten. „Die steuerliche Belastung der Betriebe hat seit Mitte 1924 einen Stand erreicht, der, fortgeführt um einige Monate, der völligen Auszehrung der Wirtschaft gleichkommt.“ Leider schneidet sich die Industriellen Niederschlesiens hierbei ins eigene Fleisch. Denn ihre eigenen Beauftragten haben doch in der Regierung diese Steuerpolitik durchgeführt. Wir fürchten, daß der deutsch-nationale Finanzminister Schlieben dieses Kompliment, das ihm hier seine Parteifreunde machen, nicht hinter den Spiegel stecken wird. Der Bund fordert:

1. Fortfall der Luxussteuer. (1) (Zwar hat man oben erhöhte Sparanteile aller Bevölkerungsgruppen gefordert; doch was der Unternehmer oben gelagt hat, hat er unten schon längst wieder vergessen.)

2. Ermäßigung der Kapitalverkehrs- und Grundbesitzsteuer. Die neue, von der SPD. unterstützte Lutherregierung hat denn auch prompt nach der Pfeife der Unternehmer gefolgt. Bunt Vorschlägen des demokratischen Finanzministers sollen Luxus- und Kapitalverkehrs- und Vermögenssteuer stark herabgesetzt werden.

Bezüglich der Tarifpolitik der Reichsbahn wird verlangt, daß sie exporthemmende Tarifpositionen beilegt. Wir haben hier an dieser Stelle schon mehr als einmal angeführt, daß die deutsche Baugewerbe den Weg aus der Krise nicht durch Erweiterung des inneren Marktes, sondern durch Eroberung neuer Absatzmärkte suchen wird. Die Rundgebung der niederschlesischen Industrie, die am Schluß Drofflung des Einfuhrüberschusses und Aktivität der Handelsbilanz fordert, bestätigt unsere Behauptung. Doch ist die Frage, ob es der zurückgebliebenen deutschen Industrie gelingen wird, neue Absatzmärkte zu erobern, steht auf einem anderen Blatte geschrieben.

Jedenfalls muß diese Rundgebung des „Bundes Niederschlesischer Industrieller“ mit seiner frechen und zynischen Forderungen wie ein Alarmglocke auf die schlesische Arbeiterklasse wirken. Die Gefahr noch schlimmerer Verelendung ist groß. Nur der einheitliche Zusammenschluß aller Arbeiter, gleichviel welcher Partei, kann die Anschläge des Feindes zurück schlagen. In Oberschlesien beraten ADGB, SPD, und SPD. auf einem Kongreß über das Erwerbslosenproblem. Auch in Schlesien muß die baldige Einberufung eines Kongresses von der Arbeiterschaft gefordert werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre müssen dem schlesischen Proletariat doch gezeigt haben, daß nur durch die Bildung einer revolutionären Einheitsfront die Voraussetzung eines neuen Vormarsches der Arbeiter gegeben ist.

## Kleinere Wirtschaftsnachrichten

Vom Walderburger Kohlenrevier. Im niederschlesischen Bergbaubezirk waren die Absatzverhältnisse für Kohle im Monat Januar auf den einzelnen Gruben verschieden. In Ost-Waldburg waren die Absatzverhältnisse im allgemeinen gut, während sich der Absatz in West-Waldburg sowohl in Kohle als auch in Koks ver-schlechterte. Durch Vereinbarung wurde eine Gehaltszulage von 3 1/2 Prozent rückwirkend ab 1. September 1925 für Fahrhauer, Aufseher und Fördermaschinenführer festgesetzt. — Wann folgen Lohnhöhungen für die Kumpels?

Von der Langenbielauer Textilindustrie. Rattundrudere! E. Sudert u. Co., Oberlangenbielau. — Die Gesellschaft erzielte in dem am 30. Juni 1925 abgelassenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 195 313 Mark, aus dem eine Dividende von 7 1/2 Proz. verteilt und der nach Zahlung der statutenmäßigen Lantienne an den Aufsichtsrat verbleibende Rest von 73 633 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. — An den Aufsichtsrat sind also 121 680 Mark Lantienne verteilt worden. Für welche Arbeit, werden die Herren Aufsichtsräte selber nicht wissen. Man halte noch dagegen die standalösen Löhne der Textilarbeiter, um ein plastisches Bild von der kapitalistischen Habgier zu bekommen.

Von der Breslauer Metallindustrie. Linke-Hoffmann-Lauhammer u. Co., Berlin, Breslau. Die Stahl- und Walzwerke sind befriedigend beschäftigt. Das große Breslauer Beizeerzeugwerk verfügt außer dem brasilianischen Auftrag noch über Bestellungen aus Ägypten und Südafrika. Nach deren Erledigung hofft man, Aufträge von Seiten der Reichsbahnverwaltung zu erhalten.

Von der Liegnitzer Metallindustrie. Maschinenfabrik A. G. Liegnitz. In den Nachrichten, daß der Betrieb der Gesellschaft vollkommen stillgelegt ist, teilt die Verwaltung folgendes mit: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß eine vollkommene Stilllegung stattgefunden hat, sondern der Betrieb ist sehr stark eingeschränkt worden, bereit, daß die im Bau befindlichen Maschinen fertiggestellt werden.



Heinrich Heine

Zu seinem 70. Todestage am 17. Februar

von Franz Mehring

Garada sagt, wo die deutschen Volksmassen sich zum Kampf gegen die Hablader des Fürstentums...

Der nachfolgende Aufsatz ist entnommen dem "Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung" aus dem Jahre 1913.

Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht ärgere Zustände, als die beschränkten und buchstabengläubigen Karolinen, die in den siebenjährigen Wandel ihrer Jugendhaftigkeit gehüllt...

Die Fähigkeit behaftete Heine in hervorragendem Maße. In dem Sinne, wie schon die Alten den Dichter einen Seher nannten, war er ein Weissager kommender Dinge.

Freilich sah Heine immer nur als Dichter den Dingen auf den Grund. Ein Politiker war er nicht und noch weniger ein Parteimann.

Zeit dem Februar 1840 schrieb Heine wieder Pariser Berichte über Politik, Kunst und Volksleben für die Allgemeine Zeitung in Augsburg...

Da ihm die alte Monarchie mit ihren Ritters und Heiligen vom Grunde der Seele aus verhaßt, aber auch die Republik wegen der gefährlichen Mächtigkeiten ein Gegenstand des Gramens war...

Ich spreche von den Kommunisten, der einzigen Partei in Frankreich, die eine entschlossene Beachtung verdient.

Damals war Marx freilich noch in dem Marxengroßstadt nicht mehr von der Philosophie zur Politik, aber doch von der Politik zum Sozialismus begriffen.

Wintermädchen aus Herz und Knie mit den Worten: Wie brauchen ja wenige Worte, um uns zu verstehen.

Die Briefe sind aus Hamburg geschrieben, wo sich Heine mehrere Monate des Jahres 1844 aufhielt, so daß beide Männer nicht einmal ein volles Jahr miteinander gelebt haben.

Es ist bekannt, wie wunderbar selbst Heine die dichterische Kraft in dem mehr als zehnjährigen furchtbaren Leiden erhalten hat.

Die Bürgerkraft greift zu den Waffen, Die Gloden-Luten die Pfaffen, Gefährdet ist das Palladium Des süßlichen Staats, das Eigentum.

Aber das Bild, das er von den liebreichen Kommunisten entwirft, ist auch nichts weniger als schmückhaft.

Die Abstammung der Hohenzollern

Von H. Heine. Zu Berlin im alten Schlosse Sehen wir, aus Stein gemacht, Wie ein Weib mit einem Kusse Sodomitisch sich ergötzt.

Und es heißt, daß jene Dame Die erlauchte Mutter ward Unres Fürstentums. Der Same Schlug fürwahr nicht aus der Art.

Na, fürwahr, sie hatten wenig Von der menschlichen Natur! Und an jedem Preußenkönig Merkte man die Wiederkehr.

Das Brutale in der Rede, Das Gelächter ein Gemisch, Stally-danten — und das äde Zischen — jeder Zoll ein Tier!

fürstenabfindung 1649 — 1793 — 1918 Von H. Heine.

(Vorrede: Die Geschichte hat gezeigt, daß selbst der große Spötter das deutsche Volk zu optimistisch beurteilt hat.

Die Briten zeigten sich sehr rüde Und ungeschickter als Regide. Schloßes hat der König Karl verbracht In Büßehall seine letzte Nacht.

Sal höflicher nicht die Franzosen waren. In einem Zücker haben diese. Der Ludwig Capet zum Richtplatz gefahren, Sie geben ihm keine Götze de Reade.

Der, kühner ergötzt der Marie Antoinette, Dem sie belauscht nur eine Charette, Statt Chebabellen und Dame d'Almor Ein Saufenkette mit ihr fuhr.

Genossen und Briten sind von Rohr Ganz ohne Gemut; Gemut hat nur Der Deutsche; er wird gemüßigt bleiben Sogar in terroristischen Zeiten.

In einer jenseitigen Hofstube, Cäsarj persisch und kesselt die Koffe, hoch auf dem Bod mit der Trampelpfote Der weinende Antiker — so wird der deutsche Romanj einst nach dem Richtplatz geführt, Und ungeschicklich gemüßigt.

Es haben diese Adige Der fürchterliche Schändige, Sie tragen die Äpfel geladoren egal, Ganz radikal, ganz rattenfahl.

Als an seinen Tod hat den Dichter das für ihn unlösliche Problem behaftigt. Zwei Jahre vorher, im Jahre 1854, sprach er seinen Abscheu aus.

Und ganz ähnlich noch ein Jahr später, in dem französischen geschriebenen Vorwort zur französischen Uebersetzung einer seiner Schriften: "Nur mit Abscheu und Grauen denke ich an die Epoche, wo diese finsternen Wälder zur Herrschaft gelangen werden."

Wie für Freiligrath und Herwegh, so blieb auch für Heine der wissenschaftliche Sozialismus ein Buch mit sieben Siegeln.

Die Schläuen und die Dummen

Nicht weniger als zehn Stunden haben die Boxer Diener und Paolino, unter prasselnden, gegenseitigen Schlägen durchgehalten.

Wenn sich zwei Menschen auf der Straße schlagen — nehmen wir an, sie hätten eine Beleidigung auszutragen — erscheint mit höherer Sicherheit die Polizei, packt die beiden mit festem Griff, schleppt sie vor das Tribunal, und eine Strafe wegen Erregung öffentlichen Vergnügens ist ihnen sicher.

Ziehen aber jene beiden Burischen Trilots an, steigen in den Ring, lassen Wetten auf ihre Knochen abschließen, schlagen sich den Ädper blutig, dann ist jene Schlägerei "Sport".

Zwei Burischen schlagen sich, schlagen sich um Geld: Es war ein seines Geschäft! Ein sehr feines Jogg, für alle Beteiligten! Besonders für die Aktionäre der Autobahn, für die Unternehmer Moritz und Ender, Herren Manager Sabri Mahir und Desampis, für die Anwaltspresse-Zeitungen und nicht zuletzt für die beiden Burischen, die sich schlagen.

Die Dummen waren nur die Arbeiter, die sich von diesem "Sport" einfangen ließen und auch nur zehn sauer verdiente Pfennige für die erste erreichbare Zeitung mit ausführlichem Kriegsbericht speisten.

Der Donner in der Badewanne

Ein ehemaliger Abgeordneter, Dr. S., wurde bald nach Ausbruch der Revolution von einem Geheimrat dienstlich durch die Räume des Berliner Schlosses geführt.



# Breslau

## Schluß des Sechstagefahrens

Der Sechstage-Wettbewerb der Breslauer Arbeiter-Sportvereine ist am Sonntag den 14. Februar 1926 im Stadion beendet. Die Teilnehmer haben in der ersten Hälfte des Wettbewerbs, die den 1. bis 5. Tag umfaßte, mit großer Eifer teilgenommen und die besten Leistungen erbracht. Die Teilnehmerzahl betrug in der ersten Hälfte des Wettbewerbs 40 bis 50 Mann, in der zweiten Hälfte des Wettbewerbs 30 bis 40 Mann. Die Teilnehmer sind: 1. von Kempen-Weja 889 Punkte, 2. Paryn-Werscheiden 712 Punkte, 3. Meyer-Ruppel 600 Punkte, 4. Tomant-Oliveri 600 Punkte, 5. Thomas-Martin 118 Punkte. Eine Runde zurück: 6. von Met-Busse 790 Punkte, 7. Gottfried-Dang 288 Punkte, 8. Behrendt-Stolz 181 Punkte.

In den sechs Tagen wurden 3839,470 Kilometer zurückgelegt.

## Die „Volkswacht“ denunziert einen Arbeiter

Unter der fälschlichen Unterschrift „Schwindelhandover der SPD“ wird in der Montag-Nummer der „Volkswacht“ die alte, von uns bereits gebrandmarkte Mäße ausgewirmt. Bereits am Donnerstag vergangener Woche und dann am Dienstag wie in wir daraufhin, daß die von uns herausgegebenen Listen die Unterschrift tragen: Kommunistische Partei Deutschlands. Am Kopf dieser Sammelisten ist in einleitenden Worten darauf hingewiesen, daß es sich um die Durchführung des von beiden Parteien eingebrachten Gegenwärtigen handelt. Jeder, der eine dieser Listen in die Hand nimmt, kann sich von der Richtigkeit unserer Angaben überzeugen. Die „Volkswacht“-Redakteure sind die einzigen, die den Sinn dieser einfachen und selbstverständlichen Sache nicht verstehen wollen. Sie schreiben:

„Trotzdem geht die SPD von Haus zu Haus, von Stube zu Stube, um Gelder zu sammeln unter dem Deckmantel SPD.“

In dieser Veröffentlichung denunzieren die „Volkswacht“-Redakteure den Arbeiter Herzog, indem sie schreiben:

„Im Hause Dewaldstraße 25 wohnt der Bannerträger des Roten Frontkämpferbundes Herzog, der seine Frau veranlaßt, mit solchen Sammelisten hausieren zu gehen und Gelder zu sammeln. Verschiedene Frauen von Genossen sind darauf hereingefallen und haben Geldbeiträge gezahlt.“

Was ist daran wahr? Wahr ist, daß unsere Genossin auf die Liste Nummer 000720 unter den Nachbarinnen Geld gesammelt hat und daß die meisten von diesen, jede nach ihren Kräften auch gezeichnet haben, um mitzubehelfen, den frechen Raubzug der Fälscher zurückzuschlagen. Die Genossin hat bereits am Sonntag das gesammelte Geld an die zuständige Stelle abgeliefert. Keinesfalls ist dabei niemand, das Geld nur für den Zweck verwendet, für den es gezeichnet ist: Zur Durchführung des Volksbegehrens und Volksentscheids auf entschuldigungslose Enteignung der Fürsten. Nachdem die „Volkswacht“ in bewährter Verdrängung der Tatsachen von „Kommunistischen Schwindel“ spricht, verlangt ein Teil der Frauen ihr Geld zurück bzw. wollte ihren Namen in der Liste gestrichen haben. In der Erregung gebräuchlich ist nicht gerade die höflichste Ausdrucksweise.

Wenn die im Hause Dewaldstraße 25 wohnenden Arbeiter und ihre Frauen sich im Streit befinden und sich dort erregte Szenen abspielen, so ist das nur auf die Verhöhnung der „Volkswacht“ zurückzuführen. Den „Volkswacht“-Redakteuren paßt es nicht, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Partei sich zusammengeschlossen haben, um gegen die Fürstenabschaffung zu kämpfen. Sie wollen die sich bildende Einheitsfront zerbrechen. Um dieses zu erreichen, spielen sie sogar die verwerfliche Rolle eines Denunzianten. Sie denunzieren den Arbeiter Herzog.

Wir fragen die ehrlichen SPD-Arbeiter, was sie zu dieser Handlungsweise ihrer Führer sagen?

Der größte Dummkopf im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Heute abend läuft das erste Mal der Großfilm „Unter Perlenfischern auf Hawaii“. Der Film ist teilweise in natürlichen Farben geteilt worden und führt uns in eine fremde Welt. Vor dem Großfilm läuft „Myster Reaktor als Strafling“ über die Weinwand. Um 4 Uhr nachmittags ist eine Sondervorstellung für Kinder und Erwerbslose mit ihren Familien. Die Erwerbslosen müssen ihren Ausweis mitbringen. Eintrittspreis für Kinder und Erwerbslose 25 Pfg., Saalplatz 50 Pfg., Balkon 75 Pfg., alles inklusive Steuern.

# Görlitz

## Ohne Kommentar!

In der Nummer 38 der „Görlitzer Volkszeitung“ vom 14. Februar 1926 sind zwei für die Arbeiterklasse interessante Stellen zu finden. Wir drucken sie wörtlich ab und überlassen das Urteil unseren Lesern selbst. Auf der dritten Seite lesen wir folgendes:

„Die Kommunisten ihre Anhänger bewandeln, haben wir schon mehrfach festgestellt können. Das gilt besonders, wenn sie ihren Anhängern über die Verhandlungen im Stadtparlament und die Stellungnahme der kommunistischen Stadtverordneten berichten. Als neuestes Beispiel sei angeführt, daß sie ihren Anhängern gegenüber behaupten, in der letzten Stadtverordnetenversammlung am Freitag, dem 5. Februar, sei eine Verabschiebung der Wertzuwachssteuer von 50 auf 30 Prozent gegen die kommunistischen Stimmen angenommen worden. Man muß sich wirklich darüber wundern, daß die kommunistischen Stadtverordneten eine solche offenkundige Blöfstellung widerspruchsvoll übernehmen, denn in Wirklichkeit ist beschlossen worden, die Wertzuwachssteuer, die bisher in Höhe von 10-50 Proz. des Wertzuwachses erhoben wurde, jetzt, entsprechend einem

Widerstand auf den letzten Beschäftigten am 10. März zu bringen. Eine Forderung, welche ebenfalls über die letzten Beschäftigten zu stellen ist. In der letzten Nummer der „Görlitzer Volkszeitung“ ist über die Verhandlungen in dem Besonderen, die in der letzten Nummer nicht einmal kurz berührt wurden, berichtet. Es ist zu hoffen, daß die Kommunisten mit ihrer Forderung abzurufen werden die Forderungen der Arbeiterklasse erfüllt haben. Und so was nennt man: das Kapital bedauern und die Interessen der Arbeiterklasse verletzen!“

Bei der letzten Seite derselben Nummer hat die veröffentlichten amtlichen Bekanntmachungen über den Jahresertrag der oben angeführten umgeänderten Steuer veröffentlicht. Die Zahlen:

Der Wertzuwachsenertrag der Stadt Görlitz vom 27. Mai 1921, 14. Juni 1922, 30. August 1922, 27. November 1922, 10. Dezember 1923, 11. März 1924 wird hierdurch bis zum 31. Dezember 1925 mit der Maßgabe zugestimmt, daß über den Steuerfuß von 30 v. H. des Wertzuwachses nicht hinausgegangen wird und daß aus dieser Zustimmung keine

## Achtung! Vol-Leiter u. Raffierer!

Das Ergebnis der Sammlung vom 14. Februar und die eingenommenen Gelder sind sofort an die Adresse der Kasse: Artur Müller, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Postcheckkonto 11398 Breslau, einzusenden.

Bezirk Breslau-Ost hat an einem Tage 240 Mark abgeliefert.

Bez.-Stg. Schlesien. Abt.: Kasse

Ansprüche irgendwelcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können, falls etwa der Staat oder das Reich genötigt sein sollte, diese Steuerart für sich in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig wird für den Fall, daß die städtischen Körperschaften der vorliegenden Maßgabe beitreten, bestimmt, daß dieser Beschluß Wirksamkeit vom 14. Dezember 1925 ab erhält. Auf Antrag kann vor Ablauf der Frist die Zustimmung gegebenenfalls verlängert werden.

Breslau, den 15. Januar 1926.

(L. S.)

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

Im Auftrage: (Unterschrift)

O. P. I. K. 42. 4.

Die städtischen Körperschaften haben am 5. Februar 1926 beigestimmt, daß mit Wirkung vom 14. Dezember 1925 ab bei der Erhebung der Wertzuwachssteuer über den Steuerfuß von 30 vom Hundert des Wertzuwachses nicht hinausgegangen wird.

Veröffentlicht: -- VI. 4. --  
Görlitz, den 14. Februar 1926.  
Der Magistrat.

Was früher bis 50 Prozent, jetzt höchstens 30 Prozent, bedeutet nach Meinung der „Görlitzer Volkszeitung“ keine Verabschiebung. Kommentar überflüssig.

Schwerer Unfall in der häßlichen Gasanstalt. Am Dienstag, den 9. Februar, trug sich ein schwerer Unfall zu, welcher sehr leicht zwei Menschenleben gekostet hätte. In einem neu erbauten Schmelzofen, welcher eine Höhe von 24 Meter hat, arbeiteten zwei hiesige Schloßer auf einem Sängegerüst. Durch Bruch eines Winkelstücks, welches das Gerüst in der Schmelze trug, stürzte daselbe ab. Nur dem Zufall ist ihre Rettung zu verdanken; das Gerüst hing zur Hälfte über einem leeren Kohlenbunker und die zwei Mann fielen mit den Beinen in den Bunker. Sie haben trotzdem schwere Verletzungen erlitten und mußten ins Krankenhaus überführt werden. Die Ausführung dieser Arbeiten liegt einer auswärtigen Firma ob. Einer der Verletzten hatte erst am Tage vor dem Unfall bei dieser Firma zu arbeiten angefangen.

Treu deutsch. Am Sonntag veranstaltete der „Stahlhelm“ einen „großen“ Tam-Tam-Propaganda-Ausmarsch. Die Beteiligung war sehr schwach. Wir empfehlen den teuflichen Jünglingen, das nächste Mal ein Lastauto mit Schupo zur Begleitung mitzunehmen, sonst könnten sie verloren gehen, was jämmerlich schade wäre. Die Roten Frontkämpfer brauchen keine Schupo anfordern. Zu diesem kommt die Schupo von selbst.

Jugendversammlung und Roter Rummel. Die öffentliche Jugendversammlung im Gasthof „Felsenkeller“ war gut besucht. Von der SAJ war zu der Veranstaltung niemand erschienen. Das Referat des Genossen Senfke über das Thema „Jugendfragen“ hielt, war gut. Es verblüdete uns das Leben und Treiben der Jungarbeiter und -arbeiterinnen in Deutschland und Sowjetrußland. Die Ausführungen des Diskussionsleiters Jäschke deckten sich mit denen des Genossen Senfke. Für die weitere Unterhaltung sorgte die Mandolinengruppe und der Gesang der Jugendgenossen. Am Ende wurden zwei Theaterstücke aufgeführt. Erstens: Aufmarsch unserer Gegner. Zweitens: Arbeitsdienstpflichtigkeit; die beiden Stücke fanden reichen Beifall. Vier Neuaufnahmen wurden gemacht. Beschlossen wurde, daß dieser Rote Rummel im ganzen Unterbezirk aufgeführt wird.

Stadttheater. Orpheus in der Unterwelt. Offenbach wollte mit seinen meist frivolen Operetten das ziemlich freijährliche Bürgertum im Zeitalter Napoleons III. (1851-1870) unterhalten. Neben „Hoffmanns Erzählungen“ gehört „Orpheus“ zu seinen besten Werken dank der Musik, die weit über der gewöhnlichen Operettenmusik steht. Die Ouvertüre zu „Orpheus“ hat fast jeder von uns schon gehört. „Burlische“ heißt das Werk deswegen, weil es erhabene Gestalten, die Götter des alten Griechentums, ins Lächerliche zieht.

Hirschberg. Gegen den Fürstentum! Am Freitag lief die hiesige SPD zu einer Versammlung mit diesem Thema auf. Der Saal war überfüllt. Als Referent trat Genosse Prikop, Görlitz, auf. In der Diskussion sprach u. a. ein alter sozialdemokratischer Arbeiter, welcher 25 Jahre der SPD angehört, aber seit einigen Wochen ausgetreten ist. Da er nun im Konsum beschäftigt ist, wird er in jeder Mitgliederversammlung der SPD auf die gefällige Art und Weise angegriffen, um ihn aus seiner Arbeitsstelle herauszutreiben. Das ist die Politik von leitenden Personen des Arbeiterkonjunks gegenüber ihren Untergebenen.

Genosse König sprach hauptsächlich zu den zahlreich anwesenden Reichsbannerkameraden. Als Erfolg ist die Gewinnung von sieben neuen Zeitungslesern zu buchen. Ist das der Zerfall der SPD, von dem so verschiedene Leute träumen?

# Waldburg

## Internationale Kasse Hilfe

Die Internationale Kasse Hilfe ist eine Organisation der Arbeiter, die die Aufgabe hat, die Not der bedürftigen Arbeiter und Angehörigen zu lindern. Die Kasse ist eine Organisation der Arbeiter, die die Aufgabe hat, die Not der bedürftigen Arbeiter und Angehörigen zu lindern. Die Kasse ist eine Organisation der Arbeiter, die die Aufgabe hat, die Not der bedürftigen Arbeiter und Angehörigen zu lindern.

Die Internationale Kasse Hilfe ist eine Organisation der Arbeiter, die die Aufgabe hat, die Not der bedürftigen Arbeiter und Angehörigen zu lindern. Die Kasse ist eine Organisation der Arbeiter, die die Aufgabe hat, die Not der bedürftigen Arbeiter und Angehörigen zu lindern. Die Kasse ist eine Organisation der Arbeiter, die die Aufgabe hat, die Not der bedürftigen Arbeiter und Angehörigen zu lindern.

Arbeiter und Arbeiterinnen, tretet ein in die Internationale Kasse Hilfe und helft mit an diesem großen Werke zum Nutzen des unterdrückten Proletariats.

Sie leiden für dich, sie sterben für dich, Ihre Frauen und Kinder baden für dich, Aus Kertel und Qual schreit das Gebot: Klassenoffenen, Kasse Hilfe tut no!!

Schweidnitz. Freidenker. Am 8. d. Mts. fand im Volksgarten die Jahresversammlung der Freidenker für Feuerbestattung statt. Ein kurzer Vortrag eines Mitgliedes über Glaubensansätze fand guten Anklang. Es wurde der Wunsch laut, daß auch andere Mitglieder aufklärende Vorträge halten möchten. Es erfolgte fast restlos Wiederwahl des Vorstandes. Kassen- und Jahresbericht zeigten, daß unsere Bewegung sich langsam immer mehr Freunde erobert. Am 21. März, vormittags 9 Uhr, findet die diesjährige Jugendweihe der Freidenker statt. Anmeldungen dazu werden entgegengenommen bei Siegert, Herrenstraße 22. Unter Verchiedenes wurde u. a. auf die Esperantobewegung als Mittel der Freidenker hingewiesen, um freie Religion und Feuerbestattung in allen Ländern schneller zu fördern. - Kassenbesuche Proletarier, treten den Freidenkervereinigungen bei. Das heutige Kirchengut ist die Hauptstütze des kapitalistischen Systems.

## Genrt Esperanto, vernachlässigt aber die Partei- und Erwerbslosarbeit nicht!

Ein Schweidnitzer Arbeiter-Esperantist weist in nachstehenden Zeilen auf die Bedeutung der Esperantoarbeit hin:

1. In der proletarischen Bewegung „Sennacino“ (Nationaler) erscheinen dauernd Mitteilungen der Kasse Hilfe aus allen Ländern, welche alle wichtigen Dinge über Bergewaltung der Klassenbewußten Proletarier bringen. Alle Artikel sind überlegt von Klassenbewußten Arbeiter-Esperantisten und gelangen oft unter größter Gefahr an die Redaktion; z. B. aus Italien, den Ballanländern usw.

2. Einige Zeitungen, welche jede Woche Esperantospalten, Kurze, Uebersetzungen, Aufsätze aus allen Ländern abdrucken: Internacia lingvo: Organ der russischen Arbeiter-Esperantistenliga. Ispolnolanskoje zvezda: Chabowost, Sibirien. Amurskaja Pramba: Blagowestschensk, Sibirien. Sächs. Arbeiter-Zeitung: Leipzig. El Socialista: Madrid. Le Bellesilloise: Loulon. Socialdemokratias: Schweden. Robocaja Redaja: Rußland, Polen. De Tribune: Amsterdam. „Australand Labour News“, England, Amerika. Der tägliche Beobachter: Deutschland. Malojaja Gwardija: Sibirien. Arbeiter-Zeitung: Frankfurt a. M. Raich Kuz: Rußland. Gazeta Gornica: Polen, Rußland. The Bolt: London. Esperanto: Jerusalem. Daily Herald: London.

Aufsätze, Korrespondenzen, Bitten aus russischen Arbeiterclubs, Gewerkschaften, von Rot-Armisten; aus China, aus den kommunistischen Zirkeln sind dauernd in den Arbeiter-Esperantozeitungen zu lesen.

Grubenmetallarbeiter-Versammlung findet statt am Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 Uhr, in der „Stadtbrauerei“ Waldburg. Jeder Kollege erzhine.

Weißstein. Am Mittwoch fand die Beerdigung des Bergverwalters Wächter vom Juliuschacht statt. Jeder Arbeiter, der Gelegenheit hatte, mit ihm in engerer Fühlung zu kommen, weiß, als was er sich gegen die Arbeiterklasse gezeigt hat. Den folgenden Tag war die Beerdigung des Stahlhelmführers Brix. Interessant war es zu sehen, wie die von Arbeitergroßen lebende Gesellschaft bei dieser Gelegenheit aus ihrem Versteck herortrat. Hoffentlich wird das Weißsteiner Arbeiterroll eine Lehre daraus ziehen.

Niedersalzbrunn. Für den Volksentscheid. In der am Freitag stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach Genosse Rintcher über das Thema „Volksentscheid“. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Der schlechte Besuch zeigt, daß die Arbeiterklasse von Nieder-Salzbrunn nicht begriffen hat, was der Volksentscheid für eine Bedeutung hat. Genosse Rintcher ging in seinen Ausführungen auf die Forderungen der Räuberbande der Hohenzollern ein und führte aus, daß es notwendig ist, daß sich die Arbeiterklasse geschlossen an dem Volksbegehren sowie an dem Volksentscheid beteiligen muß, ganz gleich, welcher Parteirichtung sie angehört, ob SPD, oder SPD. Der Referent führte weiter in seinen Ausführungen an, daß der kommunistische Landtagsabgeordnete Richard Schulz von Pittersbach und Genossen den Antrag im Landtage gestellt haben, daß das Grand-Hotel in Bad Salzbrunn, welches dem Fürsten von Pleß gehört, enteignet und ein Kinderheim darin eingerichtet wird. Hier zeigt es sich, wie Kommunisten im Landtage praktische Arbeit leisten, wogegen Abgeordnete von der sozialdemokratischen Partei schon jahrelang im Landtage sitzen und solche Anträge wie von den Kommunisten noch niemals gestellt worden sind. Dabei denken wir an den SPD-Landtagsabgeordneten Thiele.

Wälgersdorf. Mitglieder der erste Kasse-Hilfe-Mitglieder-Versammlung fand hier die erste Kasse-Hilfe-Mitglieder-Versammlung statt, in der Genosse Birle den Bericht von der Bezirkskonferenz gab. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Birle-Breslau über die Notwendigkeit, die Opfer der Klassenjustiz zu unterstützen, wurde ein ordnungsgemäßer Vorstand gewählt. Dessen Aufgabe wird es sein, alles zu tun, daß die Kasse in unserem Ort zu einer großen Organisation wird, der alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei angehören.

Schweidnitz. Kein Ende des Glends. Nachdem in den vergangenen Wochen Hunderte armer obdachlos umherirrender Menschen in „Polizeigewahrsam“ gebracht wurden, wird die so bisher einzige „Maßnahme“ zur Befämpfung des Glends weiter fortgesetzt. Der Polizeibericht meldet: Als obdachlos wurden in der vergangenen Woche 9 Personen aufgegriffen.



## Heinrich Heine

Zu seinem 70. Todestage am 17. Februar  
von Franz Mehring

Gerade jetzt, wo die deutschen Volksmassen sich zum Kampf gegen die Habgier des Fürstentums belagern, wollen wir uns mit besonderer Hochachtung des Dichters erinnern, der schon im vorigen Jahrhundert die gekrönten Häupter mit den mächtigen Waffen seines Spottes und seiner Satire an den Pranger stellte.

Der nachfolgende Aufsatz ist entnommen dem „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ aus dem Jahre 1913. (Die Redaktion.)

Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht Ärgere Jesuiten, als die beschränkten und buchstabengläubigen Reaktionen, die, in den schmerzlichen Wandel ihrer Jugendparteiheit gehüllt, vor keinen Verdächtigungen der freieren Geister zurückweichen, denen es gegeben ist, die tieferen Zusammenhänge des historischen Lebens zu erkennen.

Die Fähigkeit besaß Heine in hervorragendem Maße. In dem Sinne, wie schon die Aiten den Dichter einen Seher nannten, war er ein Weltseher kommender Dinge. Schon wenige Jahre nach der Juli-revolution, in den Jahren 1833 und 1834, wies er nach, daß die deutschen Handwerker und Arbeiter die Erben unserer großen Philosophen seien, führte er aus, es komme nicht „auf das Ueberleben der Revolution“, sondern auf ihre tieferen Fragen an. „Diese Fragen betreffen weder Formen noch Personen, weder die Einführung einer Verfassung, noch die Beschränkung einer Monarchie, sondern sie betreffen das materielle Wohlsein des Volkes. Die bisherige spirituellistische Religion war heilig und notwendig, so lange der größte Teil der Menschheit in Elend lebte und sich mit der himmlischen Religion verträglich machte. Seit aber durch die Fortschritte der Industrie und der Colonie es möglich geworden, die Menschen aus ihrem Elend herauszuziehen und auf Erden zu befehlen, seitdem — Sie verstehen mich, und die Leute werden uns schon verstehen, wenn wir ihnen sagen, daß sie in der Folge alle Tage Kartoffeln statt Kartoffeln essen sollen, und weniger arbeiten und mehr tanzen werden. Verlassen Sie sich darauf, die Menschen sind keine Engel.“

Freilich sah Heine immer nur als Dichter den Dingen auf den Grund. Ein Politiker war er nicht und noch weniger ein Parteimann. Er hatte ein eklatantes Grauen vor jeder Massenherrenschaft, die für ihn die Herrschaft eines untrüglichen Bananentums war. Er verachtete jeden Verlehr mit dem Häufling der deutschen Gläubigen, das sich nach der Juli-revolution in Paris gesammelt hatte und in Forme sein Drama vertrieb. In diesem Punkte stimmte der geniale Dichter ganz mit dem Philister Kuge überein, während umgekehrt sich Marx ganz auf die Seite Barnes schlug, ebenso wie dieser um einen Anhang unter den klüchtigen Arbeitern und Handwerksburschen warb.

Seit dem Februar 1840 schrieb Heine wieder Pariser Berichte über Politik, Kunst und Volksleben für die Allgemeine Zeitung in Augsburg, nachdem zehn Jahre früher seine Tätigkeit für dieses Blatt durch den Einspruch Metternichs gehemmt worden war. Er selbst hat später gesagt, daß sich die Prophezeiungen vom Siege des Kommunismus durch seine Berichte wie ein roter Faden gezogen hätten, während ihm von feindlicher Seite vorgeworfen worden ist, er habe in seinen Pariser Briefen das Bürgerkönigtum verteidigt oder ihm — aus Rücksicht auf seine Pension — wohl gar geschmeichelt. Diese Unterstellung ist ganz unhaltbar, aber so lächerlich läßt sich auch nicht sagen, weder daß Heine den Kommunismus, noch daß er die Herrschaft Louis Philipps verteidigt habe.

Da ihm die alte Romantik mit ihren Rittern und Heiligen vom Grunde der Seele aus verhaßt, aber auch die Republik wegen der gefährlichen Mächtigkeitslust ein Gegenstand des Gramens war, so wäre allerdings die monarchisch-konstitutionelle Staatsform, wie sie damals im Bürgerkönigtum bestand, logischerweise seine Sache gewesen. Aber Heine war doch ein zu tief angelegter Geist, um nicht auch in ihr eine Form der Mächtigkeitslust zu erkennen, und zwar die nicht am wenigsten verächtliche. Schon in den jungen Tagen des Bürgerkriegs hatte ihn der St. Simonismus mächtig ergriffen; von ihm hatte er jene Gegenüberstellung des Spiritualismus und des Genialismus, der christlichen Entfaltung und der heidnischen Gemüthslehre, der magischen Magie und der fetten Hellenen übernommen, wie sie namentlich von Enfantin vertreten wurde, dem Heine die französische Ausgabe seines Buches über die Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland gewidmet hat. Aber die St. Simonisten waren am Ende nur eine phantastische Schale, die beim ersten Kratzen zu sammenprallt mit der rauhen Außenwelt zerbrach, und nicht anders fand es um die anderen sozialistischen Sekten. Je mehr sich das Bürgerkönigtum als die Herrschaft eines eigenmächtigen Kapitalismus entpuppte, um so mehr sah Heine diese Herrschaft vor anderen und gewaltigeren Mächten bedroht.

Ich spreche von den Simonisten, der einzigen Partei in Frankreich, die eine entschlossene Verachtung verdiente. Ich würde für die Trümmern des St. Simonismus, dessen Lehren weder klüchtiger Anhängerschaften noch immer am Leben sind, sowie auch für die Fortschrittler, die noch sich und richtig wußten, dieselbe Aufmerksamkeit zuwenden nehmen, aber die eben erwähnten Männer bezog sich nur das Wort, die soziale Frage als Frage der überlebten Begriffe, und sie werden nicht getrieben von dem heiligen Recht, sie sind nicht die proletarischen Kämpfer, sondern die klüchtigen Weltlinge, die ungeheuren St. Simonisten durchzieht. Ganz aber ist die zentrale Funktion St. Simons und der ganze Generalstab der Simonisten zu dem wackeren Heere des Kommunismus übergegangen, und beim wahren Bedenken des geschickten Wortes lebend, gleichsam die Rolle der Kirchenwörter zu übernehmen.“ So sprach Heine am 15. Juni 1843, und in denselben Jahre noch wurde er der Freund des Marx, der das vollbrachte Werk, was Heine von den St. Simonisten und Simonisten erwartete.

Damals war Marx endlich noch in dem Marxismus nicht mehr von der Phantasie zur Politik, aber doch von der Politik zu Socialismus übergegangen. Das Wort die Grundzüge seiner neuen Weltanschauung nicht klar herausgearbeitet. Es war noch kein Materialismus, sondern nur ein sehr unvollständiger, unvollständiger, unvollständiger, aber er in seiner Verfahr mit Heine verlebte. Für Heine aber war es wohl das rechte keine Dichterbuch, das Jahr des Welterwachsens und des Weltfriedens, in dem er am 17. Februar als heidnischer Lyriker hervortritt. Wenn Kuge anders jährenhaft be-rückte, hat Marx den entscheidenden Anstoß zu den sozialistischen und sozialen Fortschritten gegeben, die Heine Marx länger in der Weltkammer erhalten würde als eine Perle, eine Mittelkraft, die kammer in Form aufrechter erscheint, als Kuge selbst sich etwas dazwischen fruchtbringendes Anstoß an die Entwicklung des Dichters zu-wendet. Sicher kommt es jedoch, daß Marx damals den rechten Anstoß an Heine gab, und daß Heine, der die Sorge für das

Wintermärchen ans Herz und schließt mit den Worten: Wir brauchen ja wenige Worte, um uns zu verstehen.

Dieser Brief ist aus Hamburg geschrieben, wo sich Heine mehrere Monate des Jahres 1844 aufhielt, so daß beide Männer nicht einmal ein solches Jahr miteinander gelebt haben. Im Januar 1845 wurde Marx aus Paris ausgewiesen und ging nach Brüssel. „Ich möchte Sie gern mit einladen“, schrieb er dem Dichter und mahnte ihn, den gemeinsamen Kampf in einer deutschen Vierteljahresschrift fortzusetzen, die damals geplant war. Aber derweil hatte Heine schon in dem „Hamburger Selbstwehrkriege“, dem widerwärtigen Erbfeindestricke, der durch den im Dezember 1844 erfolgten Tod seines Oheims Salomon entzündet worden war, und aus ihm ging der schon länger krankelnde Dichter als eine körperliche Ruine hervor.

Es ist bekannt, wie wunderbar frisch sich seine dichterische Kraft in dem mehr als zehnjährigen furchtbaren Leiden erhalten hat. Aber seine Entwicklung als sozialistischer Lyriker war abgebrochen. Er hat nichts mehr davon erfahren oder doch nichts mehr davon verstanden, daß Marx und mit ihm Engels nimmer die von ihm prophezeite Verschmelzung von Arbeiterbewegung und Sozialismus vollzogen, daß sie in dem Elend von heute die Hoffnung auf morgen erkannten, daß sie nachwies, wie der Kampf des Proletariats gegen seine Entmenschung durch das Kapital gerade die Elemente seiner menschlichen Milderung mit sich führte. Heine blieb auf seinem alten Standpunkt stehen, oder vielmehr er fuhr fort zu schwanken zwischen der inkonsequenten Ablehnung des Seher von dem unaufhaltamen Siege des Kommunismus und dem ästhetischen Abscheu des Dichters von jeder Massenherrenschaft, nur daß sich, wie es bei solchem Stillstande zu geben pflegt, der Widerspruch immer krasser herortrat. In dem Liebe von den Wanderratten veripottet Heine die Angst der Philister vor dem Siege des Kommunismus:

Die Bürgerchaft greift zu den Waffen,  
Die Gloden-Tuten die Pfaffen,  
Gefährdet ist das Palladium  
Des stilllichen Staats, das Eigentum.

Aber das Bild, das er von den siegreichen Kommunisten entwirft, ist auch nichts weniger als schmeichelhaft:

### Die Abstammung der Hohen-zollern

Von H. Heine.

Zu Berlin im alten Schlosse  
Sähen wir aus Stein gemeht,  
Wie ein Weib mit einem Kofse  
Sodomitisch sich ergötzt.

Und es heißt, daß jene Dame  
Die erlauchte Mutter ward  
Unres Fürstentums. Der Same  
Schlug fürwahr nicht aus der Art.

Ja fürwahr, sie hatten wenig  
Von der menschlichen Natur!  
Und an jedem Preußenkönig  
Merkte man die Pferdebaur.

Das Brutale in der Rede,  
Das Gelächter ein Gewiehr,  
Stall-dankien — und das öde  
Freien — jeder Zoll ein Tier!

### fürstenabfindung

1649 — 1793 — 1913

Von H. Heine.

(Notiz: Die Geschichte hat gezeigt, daß selbst der große Spötter des deutsche Volk zu optimistisch beurteilt hat. Heine glaubte noch daran, es werde keine Fürsten einmal „alleruntertänigst gullonieren“. Er ahnte nicht, daß man dem Gehäbel kein Haar krümmen, ja ihm ein Willkürvermögen als „Abfindung“ zusprechen werde.)

Die Briten zeigten sich sehr rade  
Und magrlichste als Regide.  
Schloß hat der König Karl verbracht  
In Hützel keine letzte Nacht.  
Der Kaiser Heister lang der Spott  
Und ward gehämmert an seinem Schafott.

Sel höflicher nicht die Franzosen waren.  
In einem Fieber haben diese  
Den Ludwig Capet zum Köpflach gefahren;  
Sie gaben ihm keine Colche de Kasse,  
Wie nach der alten Methode  
Der Majestät gebühret hätte.

Der Kaiser ergriff's der Marie Antoinette,  
Denn sie belau nur eine Charette,  
Statt Chambellan und Dame d'Honneur  
Ein Sanktultete mit ihr fuhr.  
Die Witwe Capet hob höhlich und kühne  
Die dicke habsburgische Untergippe.

Frankreich und Briten sind von Natur  
Ganz ohne Gemüt, Gemüt hat nur  
Der Deutsche; er wird gemüthlich bleiben  
Eogar im terroristischen Treiben.  
Der Deutsche wird die Majestät  
Behandeln stets mit Pein.

In einer schmerzlichen Hofkapelle,  
Schwarz parodiert und befrist die Kofse,  
Sich auf dem Red mit der Trauerpfeife  
Der weinende Rathgeber — so wird der deutsche  
Wesentlich ein nach dem Willkür gulloniert,  
Und untertänigst gulloniert.

So haben diese Käuze  
Der fürchterliche Schandige;  
Sie tragen die Äpfel gelehren egal,  
Ganz radikal, ganz talentlos.  
Der stinkliche Kattenhausen,  
Er will nur freuen und laufen,  
Er denkt nicht, während er läuft und freit,  
Daß unsere Seele unsterblich ist.

Als an seinen Tod hat den Dichter das für ihn unüberwindliche Problem beschäftigt. Zwei Jahre vorher, im Jahre 1854, sprach er seinen Abscheu aus „vor dem schauerhaft nächsten, ganz selbsterlöschenden, kommunen Kommunismus“. Er will seine Ehe nicht verwechseln sehen mit der Furcht des Gläubigen, der für seine Kapitalien, Äpfel oder mit dem Verbruch der wohlhabenden Gewerksleute, die in ihren Ausbeutungsstätten gehemmt zu werden fürchteten; „neh, mich be-nimmt vielmehr die geheime Angst des Künstlers und Gelehrten, die wir unsere ganze moderne Zivilisation, die mächtigste Erungenschaft so vieler Jahrhunderte, die Frucht der edelsten Arbeiten unserer Vorgänger, durch den Sieg des Kommunismus bedroht sehen“.

Und ganz ähnlich noch ein Jahr später, in dem französisch ge-schriebenen Vorwort zur französischen Uebersetzung einer seiner Schriften: „Nur mit Abscheu und Grauen denke ich an die Epoche, wo diese finsternen Abwärtsstürmer zur Herrschaft gelangen werden; mit ihren schwiegen Händen werden sie ohne Erbarmen die Marmoraltäre der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden all jenes phantastische Fittler- und Spielwerk der Kunst zerstören, das der Dichter so sehr liebte; sie werden meine Vorbeerbäume fällen und an ihrer Stelle Kartoffeln pflanzen; die Äpfel, die nicht pflanzen und nicht arbeiten und doch so herrlich geistlich waren, wie König Caomo in all seiner Pracht, sie werden aus dem Boden der Gesell-schaft ausgerauft werden, es sei denn, daß sie etwa die Spindel zur Hand nehmen wollen; die Rosen, die müßigen Bräute der Nachtigallen, wird das gleiche Los ereilen; die Nachtigallen, diese unglücklichen Sänger, werden verjagt werden, und auch mein Buch der Lieber wird dem Gewürzkammer dienen, um daraus Tuten zu drehen, in die er Kaffee oder La'at schütten wird für die alten Weiber der Zukunft.“ Aber, so sagt Heine hinzu, dieser Kommunismus, der allen seinen Interessen und Neigungen so feindselig sei, über auf seine Seele einen Zauber aus, dessen er sich nicht erwehren könne: zwei Stimmen erheben sich für ihn in seiner Brust, die Stimme der Logik, dem wenn alle Menschen das Recht hätten zu essen, so sei der Kommunismus werde ihn rächen an den patriotischen Philistern, die ihm das Leben so teuer gemacht hätten. Das hat der Kommunismus nun zwar getan, aber eben deshalb verwirrt er nicht, sondern schließt die Vorbeerbäume des Dichters.

Wie für Freiligrath und Herwegh, so blieb auch für Heine der wissenschaftliche Sozialismus ein Buch mit sieben Siegeln. Allein was ihre Schwäche als Denker sein mochte, war doch auch wieder ihre Stärke als Dichter. Solange der Kommunismus eine Aus-sicht eine Hoffnung, eine Sehnsucht war, die der Phantasie den weitesten Spielraum boten, hatte die sozialistische Lyrik ihren Tag; sobald er die klare Erkenntnis einer Notwendigkeit wurde, die sich in einem welt-geschichtlichen Ringen durchzusetzen mußte, bekämpfte sich die alte Wahr-heit, daß unter den Waffen die Mäulen schweigen.

### Die Schläuen und die Dummen

Nicht weniger als zehn Kunden haben die Boxer Diener und Paulino „unter prasselnden, gegenseitigen Schlägen“ durch-gehalten. Die gesamte übrige Presse feiert dieses Schaukragen als einen Sieg der „deutschen Eide“, an dem die Liebe des ehemaligen Holzjägers Paulino wirkungslos abgepfiffert seien. Resultat: Un-entchieden! Ueber das Entschieden unterrichtet folgende Notiz eines Krawallblattes: „Ein Verdienst fällt Diener und Paulino zu gleichen Teilen zu: den Kampfplatz gerettet und die Unternehmener Ender und Morth vor schweren materiellen Verlusten bewahrt zu haben.“

Oder:  
Wenn sich zwei Menschen auf der Straße schlagen — nehmen wir an, sie hätten eine Beleidigung ausgetragen — erscheint mit tödlicher Sicherheit die Polizei, packt die beiden mit festem Griff, schleppt sie vor das Tribunal, und eine Strafe wegen Erregung öffentlichen Argernisses ist ihnen sicher. Wir alle kennen das! Es kommt alle Tage vor.

Ziehen aber jene beiden Burischen Tritots an, steigen in den Ring, lassen Werten auf ihre Knochen abschließen, schlagen sich den Körper blutig, dann ist jene Schlägerei „Sport“. Dann erscheint die „Schuß“-polizei, preßt ab und regelt den Verlehr. Hundert sensationenreiche Journalisten laden an ihren Bleistiften, tausend stenotypistenhände rasen über die Tasten der Schreibmaschinen, in den Zeitungssekretären ein Häften und Jagen: Sensation! Tausend Telephongespräche fliegen durch die Drähte, Rabel sind überlastet, und über die Arm-länge des einen und die Brustweite des anderen entspinnen sich längere und schärfere Debatten als je um das Lebenswert eines Menschen. Vergessen sind alle künftigen Sorgen, vergessen die 5 Millionen An-Abteilsoje, vergessen die Raubgier der Fürsten.

Zwei Burischen schlagen sich, schlagen sich um Geld: Es war ein feines Geschäft! Ein sehr feines Jogar, für alle Beteiligten! Beson-ders für die Aktionäre der Autoballe, für die Unternehmener Morth und Ender, Herren Manager Sabri Mahir und Descamps, für die Krawallpresse-Zeitungen und nicht zuletzt für die beiden Burischen, die sich schlugen.

Die Dummen waren nur die Arbeiter, die sich von diesem „Sport“ empfangen liehen und auch nur zehn sauer verdiente Pfennige für die erste erreichbare Zeitung mit ausführlichem Arzgebbericht opferten.  
Hans.

### Der Donner in der Badewanne

Ein ehemaliger Abgeordneter, Dr. S., wurde bald nach Aus-bruch der Revolution von einem Geheimrat dienstlich durch die Räume des Berliner Schlosses geführt. In einem derselben wies ihn sein Be-gleiter auf einen eigenkinnig allsonenartigen Wandsticht hin. Als man dessen Fingelfür öffnete, ward eine Badewanne sichtbar, die Wilhelm der Zweite in seiner Eigenschaft als Chef der Flotte zu bezaubern pflegte. Dieses Badebad war mit Cadmer Radeln ausgelegt. Ein ganzes Flottenmanöver darauf abgebildet: Schlachtschiffe mit feuerpehenden Geschützen, Torpedoboote in voller Fahrt, explodierende Flottenminen usw. Der Banat drückte auf einen neben der Wanne angebrachten Gummiaball, und eine Sirene heulte durch den Raum. Damit hatte sich S. R. die angenehme Sensation einer gefahrlosen Seeschlacht verschafft. Vermuthlich war er auch in der Lage, den Kaiserwundern lachend nachzugehen.



# Breslau

## Schluss des Göttinger Prozesses

Gestern Nacht 11 Uhr ging das Göttinger Festspielhaus zu Grunde. Um 10 Uhr wurde es von einem Feuer aus dem Keller des Bühnenhauses ausgebrochen. Das Feuer breitete sich rasch auf die oberen Stockwerke aus und umschloß die Zuschauertribüne. Die Göttinger des Göttinger Festspielhaus wurden mehrfach wiederholt zu retten, und die Unfähigkeit der Rettung wurde auch am letzten Tage bei den Rettungsarbeiten, die manchmal auf 40 bis 50 Meter Höhe vorgenommen wurden, bewiesen.

Der Verlauf des letzten Tages war, abgesehen von den Rettungsarbeiten und einigen Jagden ein ruhiger. Man sprach sich für die letzte Stunde. Man hat entsetzt mit einem Ansehensverlust eine glänzende Jagd. Über 10 Hunde lag es vor, aber die anderen Mannschaften lösten auf „Stahl“ ab. In den Nachmittagsstunden waren Klegger-Anappa auf den 3. Platz gelangt. Im Verlauf der weiteren Stunden werden die Mannschaften Stabe-Wohl und Zehmer-Säuser, die drei und vier Hundes zurücklegen, aus dem Rennen genommen. Im 30-Kilometer-Tempo unterteilen die Fahrer die Bahn, bis um 10 Uhr die eine Stunde dauernden Schlussverlegungen beginnen. Die italienische Mannschaft fällt dabei auf den 4. Platz, während die belgische auf den 2. vorrückt. Noch einmal haben die belgischen Fahrer, ihren begünstigenden Lokalpatriotismus zu zeigen, als die Breslauer Teilnehmer, mit Kränzen versehen, die Ehrenrunde fahren. Folgendes Ergebnis, von den Besuchern ziemlich wohl aufgenommen, wurde verkündet, das Ende der sechs-Tage-Bege angehend:

1. van Kempen—Freja 880 Punkte
  2. Persyn—Verhelde 712 Punkte
  3. Klegger—Anappa 600 Punkte
  4. Tonani—Diversi 600 Punkte
  5. Thomas—Martin 118 Punkte
- Eine Runde zurück:
6. van Mel—Bunje 790 Punkte
  7. Gottlieb—Lang 288 Punkte
  8. Behrendt—Stolz 161 Punkte

In den sechs Tagen wurden 3839,470 Kilometer zurückgelegt.

## Die „Volkswacht“ denunziert einen Arbeiter

Unter der schreienden Überschrift „Schwindelmandat der SPD“ wird in der Montag-Nummer der „Volkswacht“ die alte, von uns bereits gedruckte Woge ausgemacht. Bereits am Donnerstag vergangener Woche und dann am Dienstag wie, in der darauffolgenden, daß die von uns herausgegebenen Listen die Unterjochtrage: Kommunistische Partei Deutschlands. Am Kopf dieser Sammelisten ist in einleitenden Worten darauf hingewiesen, daß es sich um die Durchführung des von beiden Parteien eingebrachten Gesetzentwurfes handelt. Jeder, der eine dieser Listen in die Hand nimmt, kann sich von der Richtigkeit unserer Angaben überzeugen. Die „Volkswacht“-Redakteure sind die einzigen, die den Sinn dieser einfachen und selbstverständlichen Sache nicht begreifen wollten. Sie schreiben:

„Trotzdem geht die SPD, von Haus zu Haus, von Stube zu Stube, um Gelder zu sammeln unter dem Deckmantel SPD und SPD.“

In dieser Veröffentlichung denunzieren die „Volkswacht“-Redakteure den Arbeiter Herzog, indem sie schreiben:

„Im Hause Bewaldstraße 25 wohnt der Bannerträger des Roten Frontkämpferbundes Herzog, der seine Frau veranlaßt, mit solchen Sammelisten hausieren zu gehen und Gelder zu sammeln. Verschiedene Frauen von Genossen sind darauf herein gefallen und haben Gelder abgegeben.“

Was ist daran wahr? Wahr ist, daß unsere Genossin auf die Liste Nummer 000720 unter den Nachbarinnen Geld gesammelt hat und daß die meisten von diesen, jede nach ihren Kräften auch gezeichnet haben, um mitzuhelfen, den frechen Raubzug der Fürsten zurückzuschlagen. Die Genossin hat bereits am Sonntag das gesammelte Geld an die zuständige Stelle abgeliefert. Keinesfalls ist dabei niemand. Das Geld wird nur für den Zweck verwendet, für den es gezeichnet ist: Zur Durchführung des Volksbegehrens und Volksentscheids auf entschuldigungslose Entzweiung der Fürsten. Nachdem die „Volkswacht“ in bewußter Verdrehung der Tatsachen von „kommunistischen Schwindel“ spricht, verlangt ein Teil der Frauen ihr Geld zurück bzw. wollte ihren Namen in der Liste gelöscht haben. In der Erregung gebrauchten sie nicht gerade die höflichsten Ausdrücke.

Wenn die im Hause Bewaldstraße 25 wohnenden Arbeiter und ihre Frauen sich im Streit befinden und sich dort ereignende Szenen abspielen, so ist das nur auf die Verdrehung der „Volkswacht“ zurückzuführen. Den „Volkswacht“-Redakteuren paßt es nicht, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Partei sich zusammengesunden haben, um gegen die Fürstenabfindung zu kämpfen. Sie wollen die sich bildende Einheitsfront zerbrechen. Um dieses zu erreichen, spielen sie sogar die verwerfliche Rolle eines Denunzianten. Sie denunzieren den Arbeiter Herzog.

Wir fragen die ehrlichen SPD-Arbeiter, was sie zu dieser Handlungsweise ihrer Führer sagen?

Der größte Dumst im ganzen Land,  
Ist und bleibt der Denunziant.

Gewerkschaftshaus-Vorspiele. Heute Abend läuft das erste Mal der Großfilm „Unter Perlenfüßeln auf Hawaii“. Der Film ist teilweise in natürlichen Farben gefärbt worden und führt uns in eine fremde Welt. Vor dem Großfilm läuft „Buster Keaton als Strafling“ über die Leinwand. Um 4 Uhr nachmittags ist eine Sondervorstellung für Kinder und Erwerbslose mit ihren Familien. Die Erwerbslosen müssen ihren Ausweis mitbringen. Eintrittspreis für Kinder und Erwerbslose 25 Pf., Saalplatz 50 Pf., Balkon 75 Pf., alles inklusive Steuern.

# Görlitz

## Ohne Kommentar!

In der Nummer 38 der „Görlitzer Volkszeitung“ vom 14. Februar 1926 sind zwei für die Arbeiterchaft interessante Stellen zu finden. Wir drucken sie wörtlich ab und überlassen das Urteil unseren Lesern selbst. Auf der dritten Seite lesen wir folgendes:

„Wie Kommunisten ihre Anhänger beschwindeln, haben wir schon mehrfach feststellen können. Das gilt besonders, wenn sie ihren Anhängern über die Verhandlungen im Stadtparlament und die Stellungnahme der kommunistischen Stadtverordneten berichten. Als neuestes Beispiel sei angeführt, daß sie ihren Anhängern gegenüber behaupten, in der letzten Stadtverordnetenversammlung am Freitag, dem 5. Februar, sei eine Herabsetzung der Wertzuwachssteuer von 50 auf 30 Prozent gegen die kommunistischen Stimmen angenommen worden. Man muß sich wirklich darüber wundern, daß die kommunistischen Stadtverordneten eine solche offenkundige Bloßstellung widerstandslos hinnehmen, denn in Wirklichkeit ist beschloffen worden, die Wertzuwachssteuer, die bisher in Höhe von 10-50 Prozent des Wertzuwachses erhoben wurde, jetzt entsprechend einem

Wertzuwachs auf den letzten Durchschnittspreis von 30 Prozent zu bringen. Eine Herabsetzung dieser Steuer würde dem Staat einen erheblichen Schaden in ihrer Verlage tun. Da die Arbeiterchaft nicht einmal die herabgesetzten Steuern bezahlen darf, die hoch die Kommunisten mit ihrer Verlogenheit ablassen, und die Sozialistenorganisation von Bauerntrotzkisten erfüllt haben, und so was nennt man: das Kapital belächeln und die Interessen der Arbeiterchaft verteidigen.“

Auf der letzten Seite derselben Nummer sind die verschiedenen amtlichen Bekanntmachungen über das Inkrafttreten der oben angeführten umgeänderten Steuer veröffentlicht. Sie lauten:

Der Wertzuwachssteuerordnung der Stadt Görlitz vom 27. Mai 1921, 14. Juni 1922, 30. August 1923, 27. November 1923, 10. Dezember 1923, 11. März 1924 wird hierdurch bis zum 31. Dezember 1926 mit der Maßgabe zugestimmt, daß über den Steuerfuß von 30 v. S. des Wertzuwachses nicht hinausgegangen wird und daß aus dieser Zustimmung keine

## Achtung! Vol-Leiter u. Kaffierer!

Das Ergebnis der Sammlung vom 14. Februar und die eingenommenen Gelder sind sofort an die Adresse der Kasse: Artur Müller, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Postcheckkonto 11398 Breslau, einzusenden.

Bezirk Breslau-Ost hat an einem Tage 240 Mark abgeliefert.

Bez.-Btg. Schlessen. Ubt.: Kasse

Ansprüche irgendwelcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Weise hergeleitet werden können, falls etwa der Staat oder das Reich genötigt sein sollte, diese Steuerart für sich in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig wird für den Fall, daß die städtischen Körperschaften der vorliegenden Maßgabe beitreten, bestimmt, daß dieser Beschluß Wirksamkeit vom 14. Dezember 1925 ab erhält. Auf Antrag kann vor Ablauf der Frist die Zustimmung gegebenenfalls verweigert werden.

Breslau, den 15. Januar 1926.

(L. S.)

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien:

Im Auftrage: (Unterschrift).

O. P. I. K. 42. 4.

„Die städtischen Körperschaften haben am 5. Februar 1926 beigestimmt, daß mit Wirkung vom 14. Dezember 1925 ab bei der Erhebung der Wertzuwachssteuer über den Steuerfuß von 30 vom Hundert des Wertzuwachses nicht hinausgegangen wird.“

Veröffentlicht:

— VI. 4. —

Görlitz, den 14. Februar 1926.

Der Magistrat.

Also früher bis 50 Prozent, jetzt höchstens 30 Prozent, bedeutet nach Meinung der „Görlitzer Volkszeitung“ keine Herabsetzung. Kommentar überflüssig.

Schwerer Unfall in der städtischen Gasanstalt. Am Dienstag, den 9. Februar, trug sich ein schwerer Unfall zu, welcher sehr leicht zwei Menschenleben gefordert hätte. In einem neubauten Schweißtrahner, welcher eine Höhe von 24 Meter hat, arbeiteten zwei hiesige Schloßer auf einem Hängegerüst. Durch Bruch eines Winkelblechs, welches das Gerüst in der Höhe trug, stürzte dasselbe ab. Nur dem Zufall ist ihre Rettung zu verdanken; das Gerüst hing zur Hälfte über einem leeren Kohlenbunker und die zwei Mann fielen mit den Brettern in den Bunker. Sie haben trotzdem schwere Verletzungen erlitten und mußten ins Krankenhaus überführt werden. Die Ausführung dieser Arbeiten liegt einer auswärtigen Firma ob. Einer der Verletzten hatte erst am Tage vor dem Unfall bei dieser Firma zu arbeiten angefangen.

Teu teufisch. Am Sonntag veranstaltete der „Stahlhelm“ einen „großen“ Tanz-Lam-Propaganda-Ausmarsch. Die Beteiligung war sehr schwach. Wir empfehlen den teuflichen Jünglingen, das nächste Mal ein Lakauto mit Schupo zur Begleitung mitzunehmen, sonst könnten sie verloren gehen, was jämmerlich schade wäre. Die Roten Frontkämpfer brauchen keine Schupo anfordern. Zu diesen kommt die Schupo von selbst.

Jugendversammlung und Roter Rummel. Die öffentliche Jugendversammlung im Gasthof „Felsenkeller“ war gut besucht. Von der SWJ war zu der Veranstaltung niemand erschienen. Das Referat, das Genosse Senfleben über das Thema „Jugendfragen“ hielt, war gut. Es verblüdete uns das Leben und Treiben der Jungarbeiter und -arbeiterinnen in Deutschland und Sowjetrußland. Die Ausführungen des Diskussionsredners Jachke bedekten sich mit denen des Genossen Senfleben. Für die weitere Unterhaltung sorgte die Mandolinengruppe und der Gesang der Jugendgenossen. Am Ende wurden zwei Theaterstücke aufgeführt. Erstens: Aufmarsch unserer Gegner. Zweitens: Arbeits-Dienstpflichtigkeits; die beiden Stücke fanden reichen Beifall. Vier Neuaufnahmen wurden gemacht. Beschlossen wurde, daß dieser Rote Rummel im ganzen Unterbezirk aufgeführt wird.

Stadttheater. Orpheus in der Unterwelt. Offenbach wollte mit seinen meist frivolen Operetten das ziemlich frech-fanalische Bürgertum im Zeitalter Napoleons III. (1851-1870) unterhalten. Neben „Hoffmanns Erzählungen“ gehört „Orpheus“ zu seinen besten Werken dank der Musik, die weit über der gewöhnlichen Operettenmusik steht. Die Ouvertüre zu „Orpheus“ hat fast jeder von uns schon gehört. „Buclesle“ heißt das Werk beswegen, weil es erhabene Gestalten, die Götter des alten Griechenlands, ins Lächerliche zieht.

Hirschberg. Gegen den Fürstenaub! Am Freitag rief die hiesige SPD zu einer Versammlung mit diesem Thema auf. Der Saal war überfüllt. Als Referent trat Genosse Bräunig, Görlitz, auf. In der Diskussion sprach u. a. ein alter sozialdemokratischer Arbeiter, welcher 25 Jahre der SPD angehört, aber jetzt einigen Wochen ausgetreten ist. Da er nun im Konsum beschäftigt ist, wird er in jeder Mitgliederversammlung der SPD auf die gefährliche Art und Weise angegriffen, um ihn aus seiner Arbeitsstelle herauszuwerfen. Das ist die Politik von leitenden Personen des Arbeiterkongresses gegenüber ihren Untergebenen.

Genosse Kanaig sprach hauptsächlich zu den zahlreich anwesenden Reichsbannermitgliedern. Als Erfolg ist die Gewinnung von sieben neuen Zeitungslesern zu buchen. Ist das der Zerfall der SPD, von dem so verschiedene Leute träumen?

# Waldenburg

## Internationale Note Hilfe

Der Arbeiter Kampf

In der Internationalen Note Hilfe ist folgende Organisation des Proletariats, die der Kampf hat, die Liste der unterstützenden Organisationen und Mitglieder der Arbeiterchaft zu unterstützen und den Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Es ist notwendig, gerade durch den ungenutzten Kampf, den der Welt-Terror in allen kapitalistischen Ländern angenommen hat, und der eine hilflose Teiligkeit erfordert. Die Entwicklung des Kapitalismus ist in ein Stadium getreten, in dem es ihm nicht möglich ist, mit seinen gewöhnlichen Mitteln der Ausbeutung und Ausbeutung die Wirtschaft zu regulieren. Die Krise des Kapitalismus ist eine fortwährende geworden. Die Millionen Proletariats, in ganze Industriestädte in ihrer Kälte bestrahlt und so das Proletariat auf den Weg des schrecklichen Klassenkampfes treibt. Das zeigen heute die Millionen Arbeitslosen, die auf der Straße liegen und von den wenigen Großhändlern der Erwerbslosenunterstützung für Leben-essen, weil sie gekämpft haben um eine bessere Existenz, um ihre Familien vor Hunger und Elend zu retten. Dasselbe Los trifft auch die Rußarbeiter, die einen Lohn haben, der jeder Beschäftigung spottet. Und kämpft heute das Proletariat für höhere Löhne, so wird es niedergeschlagen und mehrere wandern hinter schwebende Gardinen, weil sie nach Brot gekämpft haben. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Arbeiter zusammenschließen in der Internationalen Note Hilfe, um die Opfer der Klassenjustiz zu unterstützen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, tretet ein in die Internationale Note Hilfe und helft mit an diesem großen Werke zum Nutzen des unterdrückten Proletariats.

Sie leiden für dich, sie sterben für dich,  
Ihre Frauen und Kinder darben für dich,  
Aus Reiz und Qual schreit das Gebot:  
Klassengenossen, Note Hilfe tut no!

Schweidnitz. Freidenker. Am 8. d. Mts. fand im Volksgarten die Jahresversammlung der Freidenker für Feuerbestattung statt. Ein kurzer Vortrag eines Mitgliedes über Glaubenssachen fand guten Anklang. Es wurde der Wunsch laut, daß auch andere Mitglieder aufklärende Vorträge halten möchten. Es erfolgte fast reifliche Wiederwahl des Vorstandes. Kassen- und Jahresbericht zeigten, daß unsere Bewegung sich langsam immer mehr Freunde erobert. Am 21. März, vormittags 9 Uhr, findet die diesjährige Jugendwoche der Freidenker statt. Anmeldungen dazu werden entgegengenommen bei Siegers, Herrenstraße 22. Unter Verbleibens wurde u. a. auf die Esperanto-Bewegung als Mittel der Freidenker hingewiesen, um freie Religion und Feuerbestattung in allen Ländern schneller zu fördern. — Raucherwünschte Proletariats, tretet den Freidenkerbewegungen bei. Das heutige Regimentum ist die Hauptstütze des kapitalistischen Systems.

## Genrat Esperanto, vernachlässigt aber die Partei- und Gewerkschaftsarbeit nicht!

Ein Schweidnitzer Arbeiter-Esperantist weist in nachstehenden Zeilen auf die Bedeutung der Esperanto-Sprache hin:

1. In der proletarischen Wochenzeitung „Sennacino“ (Nationaler) erscheinen dauernd Mitteilungen der Roten Hilfe aus allen Ländern, welche alle wichtigen Dinge über Vervollständigung der Klassenbewußten Proletariats bringen. Alle Artikel sind übersetzt von Klassenbewußten Arbeiter-Esperantisten und gelangen oft unter größter Gefahr an die Redaktion; z. B. aus Italien, den Balkanländern usw.

2. Einige Zeitungen, welche jede Woche Esperantospalten, Kurze, Uebersetzungen, Aufrufe aus allen Ländern abdrucken: Internacia lingvo: Organ der russischen Arbeiter-Esperantistenliga. Tishoo-ostanaja zvezda: Chabodrewsk, Sibirien. Amurskaja Pramba: Slawogovestnik, Sibirien. Sakh: Arbeiter-Zeitung: Welpzig. El Socialista: Madrid. Le Bellesoiffie: London. Socialdemokratias: Schweden. Robotarja Nedaja: Rußland. Polen. De Tribune: Amsterdam. Audland Labour News: England, Amerika. Der tägliche Beobachter: Deutschland. Malobaja Gwardija: Sibirien. Arbeiter-Zeitung: Frankfurt a. M. Raich Ruzij: Rußland. Gazeta Gornica: Polen, Rußland. The Post: London. Esperanto: Jerusalem. Daily Herald: London.

Aufrufe, Korrespondenzen, Bitten aus russischen Arbeiterclubs, Gewerkschaften, von Rot-Armyisten; aus China, aus den kommunistischen Zirkeln sind dauernd in den Arbeiter-Esperantozeitungen zu lesen.

Gewerkschaftsversammlung findet statt am Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 Uhr, in der „Stadtbrauerei“ Waldenburg. Jeder Kollege ersehe.

Weißstein. Am Mittwoch fand die Beerdigung des Bergverwalters Wächter vom Juliusheide statt. Jeder Arbeiter, der Gelegenheit hatte, mit ihm in engere Fühlung zu kommen, weiß, als was er sich gegen die Arbeiterklasse gezeigt hat. Den folgenden Tag war die Beerdigung des Stahlhelmführers Brix. Interessant war es zu sehen, wie die von Arbeitergenossen lebende Gesellschaft bei dieser Gelegenheit aus ihrem Beerdigung herortam. Hoffentlich wird das Weißsteiner Arbeitervolk eine Lehre daraus ziehen.

Niedersalzbrunn. Für den Volksentscheid. In der am Freitag stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach Genosse Rinkler über das Thema „Volksentscheid“. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Der folgende Bericht zeigt, daß die Arbeiterchaft von Niedersalzbrunn nicht begriffen hat, was der Volksentscheid für eine Bedeutung hat. Genosse Rinkler ging in seinen Ausführungen auf die Forderungen der Räteverbände der Hohenzollern ein und führte aus, daß es notwendig ist, daß sich die Arbeiterchaft geschlossen an dem Volksbegehren sowie an dem Volksentscheid beteiligen muß, ganz gleich, welcher Parteirichtung sie angehören, ob SPD, oder SWJ. Der Referent führte weiter in seinen Ausführungen an, daß der kommunistische Landtagsabgeordnete Richard Schulz von Dittersbach und Genossen den Antrag im Landtage gestellt haben, daß das Grand-Hotel in Bad Salzbrunn, welches beim Fürsten von Pleß gehört, enteignet und ein Kinderheim darin eingerichtet wird. Hier zeigt es sich, wie Kommunisten im Landtage praktische Arbeit leisten, wogegen Abgeordnete von der Sozialdemokratischen Partei schon jahrelang im Landtage sitzen und solche Anträge wie von den Kommunisten noch niemals gestellt worden sind. Dabei denken wir an den SPD-Landtagsabgeordneten Thiel.

Wittgenstorf. Mitgliederversammlung der AG. Am vergangenen Freitag fand hier die erste Note-Hilfe-Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Biele den Bericht von der Bezirkskonferenz gab. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Biele-Breslau über die Notwendigkeit, die Opfer der Klassenjustiz zu unterstützen, wurde ein ordnungsgemäßer Vorstand gewählt. Dessen Aufgabe wird es sein, alles zu tun, daß die AG in unserem Ort zu einer großen Organisation wird, der alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei angehören.

Schweidnitz. Kein Ende des Elends. Nachdem in den vergangenen Wochen Hunderte armer obdachlos umherirrender Menschen in „Polizeigewahrsam“ gebracht wurden, wird die so bisher einzige „Mahnahme“ zur Bekämpfung des Elends weiter fortgesetzt. Der Volksbericht meldet: Als obdachlos wurden in der vergangenen Woche 9 Personen aufgegriffen.











**Führer durch die Geschäftswelt für Waldenburg u. Umgegend.**

**Schwelbnitz**

**Herrnartikel**  
**M. HEWIG**  
Innere Markt  
Spezialität  
**Lederhandschuhe**

**R. HERING**  
Schuh-, Schuhwaren, Leder- u. Stoff-  
waren, Herren- u. Damenartikel,  
Kleiderbedarfartikel für alle Gelegen-  
heiten. **Welpcke auf Wunsch**  
**Friedrichstraße 7**

**Reinhold Katscher**  
Hohstraße 32  
Obst, Gemüse, Kolonialwaren

**Größtes Betteibungs-Haus**  
für moderne Herren-  
u. Knaben-Overdies

**Breslauer Konfektionshaus**

**Georg Heimann**  
Ring 15  
Kolonialwaren, Süßfrüchte  
Schokoladen, Zuckerwaren

**Fleischerei und Wurstfabrik**  
**Otto Radtke**  
Hohstraße 1 Fernsprecher 208  
Eigene Schlachttiere

**Gebr. Domscheidt**

Inh. Emil Domscheidt  
Manufaktur, Modewaren, Leinen, Wäsche  
Brautausstattungen u. w., Damenkonfektion  
Hoh-, Ecke Mittelstraße

Kauft Schulwaren  
**M. Gross, Ring 16**

**R. Oblatz**  
Woll-, Weiß- und Kurzwaren,  
Engros Breslauer Straße 2 Endelhof

**Schwert-Drogerie**  
neu eröffnet Sonntag, 29. F. Barndt

Strohwaren — Kinderwagen  
**Ernst Siegel, Körnerstr. 13**

Lebensmittel-  
handlung **Emma Rohl**  
Heußere Kirchstraße 10

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei  
**Karl Burkert**  
Münzstraße 8

**Paul Hallmann**  
Uhren und Goldwaren  
Hohstraße 16, gegründet 1804

**Zigarrenhaus Georg Heyde**  
Langstraße 7

Lebensmittel  
**Minna Rösler**  
Langstraße 32

**Zigarrenhaus Wilhelm Grove**  
Kupferschmiedestraße 20

**Tönnmann & Co.**  
Motorräder / Fahrräder  
Reparaturwerkstatt, Grabenstraße 1

Reserviert

**Liebau**

**Franz Hauk, Landeshuterstr. 1**  
Lebensmittel und Tabake

**Robert Hoffbauer**  
Schmiedelberger Straße  
Uhren, Goldwaren und Schmiedearbeiten

**August Wunderschütz**  
Dütersbad - Grünau  
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

**Kieder-Hermsdorf**

**Gustav Gottschlich**  
Freizeugeschäft  
Walzenburger Straße 9

**Friedrich Barth**  
Mehl / Getreide  
Futtermittel

**Jakob Mross**  
Walzenburger Straße 1  
Kolonialwaren / Tabake  
Eisen-, Haus- u. Küchengeräte

**Ida Zwiener**  
Hauptstraße 29  
Weiß-, Partiewaren, Bettfedern  
Kein Laden

**Paul Fuhrmann**  
Gottesberger Straße 2  
Fleischerei u. Wurstgeschäft

**Wilhelm Kügler**  
Gottesberger Straße  
Freizeugeschäft

Leinen- und Baumwollwaren  
**Josef Hoffmann**  
Inh. Wilhelm Drescher

**Josef Hinner**  
Landeshuter Straße 26  
Kolonial-, Vorkost- und Tabakwaren

**Georg Barthel**  
Stockstr. 5 - Zigarren, Zigaretten,  
Tabake, Raucherutensilien

**Wüstegiersdorf**

**Hermann Knote**  
Kurzwaren  
Kleiderstoffe, Tisch- u. Bettwäsche

**P. Müller**  
Molkerei u. Lebensmittelgeschäft  
Nr. 75

**Richard Moschner**  
Schuhwaren, Manufakturen  
Herren- u. Damenkonfektion  
Wüstegiersdorf

**Alfons Himmel**  
Wüstegiersdorf 133  
Kolonialwaren, Fein- u. Seifen, Tabakwaren

**E. Scholz Erben**  
Schuh- u. Lederhandlung  
Nr. 60

**Alfred Fischer, Nr. 126**  
Uhrmacher und Optiker

**Alfred Bruchmann**  
Wüstegiersdorf 69  
Kolonialwaren - Tabake

**Adolf Stacho**  
Kolonialwaren  
Wein, Spirituosen und Tabakwaren

**Landeshut**

**Wenzel Wittwer**  
Wilhelmstraße 12  
Schuhwarenhaus  
Alleinverkauf d. Marke „Salamander“

**Augustin Schneider**  
Schmiedelberger Straße 4  
Gutes Obst u. Süßfrüchte  
Kolonial- u. Tabakwaren  
Billige Preise

Polzhaus  
**C. Adlers Nachf.**  
Hüte und Mützen

**Arbeiterbekleidung**  
Schuhe - Unterwäsche  
**F. KUNZE**  
Kirchgasse

Landeshuter Strumpfstrickerei  
Walkerei u. Trikotagegeschäft  
**J. Seppert**  
Liebauer Straße 4

**Gottesberg**

**Gustav Niepel**  
Bahnhofstraße 6  
Vorkost-, Gemüse- u. Kartoffelhandl.

**Hermann Wittwer**  
Schützenstraße 41  
Kolonialwaren, Lebensmittel  
Tabakwaren

**Reinhold Paesler, Bahnhof-**  
strasse 51  
Brot-, Weiß-  
und Feinbäckerei

**Freiburg**

**Alois Goldmann**  
Sandstraße 18  
Weiß-, Woll- und Kurzwaren

**Karl Hübner**  
Landeshuter Straße 43  
Fleischerei und Wurstgeschäft

**Karl Kalms**  
Bäckerei, Konditorei und Fleischerbäckerei  
Polenzstr. 38

**Kolonialwaren Ferdinand Role**  
Walzenburger Straße 12

**Paul Kapke Nachf., Landeshuter Straße 35**  
Lebensmittel, Tabakwaren, Spirituosen

**Weißstein**

**August Scholz Nachf.**  
Jah. Joseph Soika  
Herren-Maßgeschäft, Konfektion  
Herren-Bedarfsartikel

**Fleisch- und Wurstgeschäft**  
**Bernhard Seldel**  
Starkestraße 2

**Artur Maywald**  
Zigarren-Spezial-Geschäft  
Hauptstraße 75

**Anna Gräber**  
Textilwaren  
Gardinen und Hausat-  
Kaufhaus

**August Teuber**  
Molkereigeschäft  
Hauptstraße 88

**M. MENDE**  
Roonstraße 6  
Manufaktur, Modewaren, Wäsche,  
Damenschneiderei

**Dorothea Langner**  
Schmiedelberger Straße 18  
Papier- und Galanteriewaren

**Heinrich Steinert**  
Böhmsche Straße 23

**Porzellanmalerei**  
Günstige Bezugsquelle für  
Porzellan / Glas / Steingut

**Erhard Alfred Krebs**  
Kolonialwaren

**Emil Gläser**  
Schlepphausstraße  
Kolonialwaren  
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Kolonialwaren, Großkaffeeerösterei  
**Karl Thulmann**

J. Umlauf, Fritz Grüssner, Feld-  
Nachflg., str. 6  
Spezialgeschäft f. Zigarren, Zigaretten, Tabake

**Hermann Graupe**  
Hieberstraße 12  
Kolonialwaren, Tabakwaren  
Spirituosen

**Conrad Reichelt**  
Fürstensteiner Straße 5  
Druckerei u. Papierhandlung

**Altwasser**

**A. NIER**  
Charlottenbrunner Straße 6  
Möbel- und Bekleidungshaus  
Fernr. 422 Auto-Verleihung Fernr. 422

**E. BERGER**  
Breslauer Straße 48  
Obst, Gemüse, Vorkostwaren

**A. ZIEGLER**  
Molkerei  
Charlottenbrunner Straße 34

**AUGUST JUNG**  
Breslauer Straße 44  
Kolonial-, Emaille- und Tabakwaren

**Paul Böhm**  
Charlottenbrunner Straße 196  
Kolonial-, Emaille- und Tabakwaren

**G. Schmidt**  
Charlottenbrunner Straße 137  
Musikalienhandlung  
Erteilung von Musikunterricht

**Adolf Lobers**  
Breslauer Straße 32  
Kartoffeln, Obst, Gemüse  
Süßfrüchte

**Johannes Rossner**  
Kurz-, Weiß-, Woll- u. Lederwaren  
neben dem Amtsgebäude

**Freiburg**

Obst - Gemüse - Kolonialwaren  
**Hedwig Schindler**  
Sandstr. 5 b

**Fellhammer**

Obst - Gemüse - Vorkostwaren  
**Paul Mann**  
Fellhammer - Grenze

**Karl Rohlfeld, Fellhammer-Karl**  
Schuh- und Lederwaren, Herren- u. Damenartikel,  
Kleiderbedarfartikel für alle Gelegen-  
heiten. **Welpcke auf Wunsch**

**Alfred Riedel, Fellhammer-Adl**  
Kolonial- und Galanteriewaren

Obst, Gemüse, Vorkostwaren **Klara Barock**  
Fellhammer-Adl Nr. 6

Bäckerei und Kolonialwaren  
**Franz Heisig**  
Fellhammer - Grenze

**Jauer**

**Oskar Licht, Ring 48**  
Manufakturwaren  
Herren- und Damenbekleidung

**Karl Klieber, Ring 23**  
Schirmgeschäft / Herrenartikel

Kauft Schuhwaren bei  
**Nissel, Blücherstr. 2**

**Adolf Schaefer's Nachf., Ring 30**  
Pelzwaren, Hüte, Mützen, Filzwaren  
Einkauf roher Felle

**Striegau**

**Fritz Günther, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei**  
Schweibitzer Straße 10

Beste Bezugsquelle für Qualitätswaren  
**Bekleidungshaus**

**A. Ostrower**  
Ring 45

**Waldenburg**

Drogerie zum Stern, Hermannstr. 24  
Inh. **Otto Paabe**  
Drogen, Farben, Toilettenartikel

**E. Paster, Molkereiprodukte**  
Markt 5, Eingang Bäckerstraße

Wollen Sie gute und billige  
Schuhe kaufen, müssen Sie  
ins Schuhgeschäft

**Neumann**  
am Sonnenplatz laden

Diplom-Optiker  
**Alde, Weinrichstr. 18**  
Fachmännische Anpassung  
von Augengläsern  
Lieferant aller Krankenkassen

**Bad Salzbrunn**

**Willy Heyne**  
Ecke Konradsthaler Straße  
Vorkost-, Obst u. Süßfrüchte  
Schokoladen, Zuckerwaren u. Tabake  
Billigste Preise.

**G. Wagner**  
Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung  
Hauptstrasse Nr. 24 a

Rohproduktenhändler  
**Otto Neumann**  
Fürstensteiner Straße 13

Reserviert

**Sandberg**

**Franz Moecke's Erben, Kolonialwaren**  
Walzenburger Straße 55

**Seitendorf**

**Oswald Spiller**  
Kolonial- und Tabakwaren  
Haus- und Küchengeräte